

Wöchentlich 70 Hg., monatlich 2,-- M. im voraus zahlbar. Postbezug 2,72 M. einschließlich Postgebühren. Auslandsendungen 2,50 M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Feiertagen einmal. Die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Sonabend 24. März 1928
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konvertierung des 10 Pfennig Notengeldes in Reichsmark. Keine Anzeigen! Das letzte Heft des 25 Pfennig (gleichfalls zum letzten Heft des 10 Pfennig) Notengeldes das erste Heft des 10 Pfennig (jetzt weitere 20 Pfennig) Notenscheine über 15 Buchstaben (siehe für zwei Worte) Arbeitsmarkt Seite 40 Pfennig Familienfragen für Abonnenten Seite 40 Pfennig Anzeigenannahme im Hauptgeschäft (Lindenstr. 3) wochentags von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Töndhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65 Diskontogesellschaft, Depotkassette Lindenstr. 3

Und wieder Fiasko in Genf!

Die Abrüstungsdebatte wird abgewürgt.

Genf, 23. März. (Eigenbericht.)

Der Tanz um den russischen Abrüstungsorschlag ging am Freitag in Genf zu Ende. Desto heftiger aber wurde das Ringen zwischen Deutschland und Rußland einerseits, zum mindesten eine technische Weiterheratung durchzuführen, und der Mehrheit der Kommission, die die Verhandlungen auf unbestimmte Zeit vertagen wollte. Im Verlauf der Diskussion über den russischen Plan fanden sich General de Marinis (Italien) und Lunatscharski (Sowjet-Rußland auf einer Linie mit der Forderung, daß die endgültige Befriedung der Welt den nationalen Lebensbedürfnissen und der nationalen Entwicklung freien Spielraum lassen müsse. Politis verließ sich zu der Behauptung, daß es ebenso kriminelle Völker gäbe wie kriminelle Individuen, und daß der Völkerbund vorbeugende und strafende Maßnahmen zu treffen habe.

Am Ende der Vormittagsitzung erschien plötzlich eine Resolution, die scheinbar zur Annahme gebracht werden sollte. Bernstorff bemerkte, daß sie nicht nur den russischen Vorschlag, sondern auch den eigenen Entwurf der Kommission den Regierungen zur Ausfertigung zu überreichen und damit die zweite Lesung des Kommissionsentwurfes, die als dritter Punkt der Tagesordnung erst stattfinden sollte, ohne weiteres vertagen wollte.

Bernstorffs heftiger Protest

gegen diesen Abwürgungsversuch erreichte, daß man am Nachmittag wieder zusammentrat.

Bernstorff begann die Sitzung mit einem neuen Vorschlag. Da man die zweite Lesung nicht vornehmen wollte, solle man zumindest den deutschen Antrag auf vollständig, detaillierte jährliche Abrüstungsveröffentlichungen annehmen. Schon 1920 habe der Völkerbundrat einen dementsprechenden Beschluß gefaßt, der aber nicht ausgeführt worden sei. Die nationale Sicherheit sei aber unmöglich, so lange die Staaten nicht über die Rüstungen der anderen Länder, die sie eventuell bedrohen könnten, auf dem laufenden seien. Ohne eine klare Angabe der gegenwärtigen Rüstungen hätte man keinen Ausgangspunkt für den allgemeinen Abrüstungsplan. Die einzige Antwort auf Bernstorffs Ausführungen war eine Resolution, auch diesen deutschen Antrag den Regierungen zu überweisen. Vergebens kämpften Bernstorff und Litwinow mit allen Kräften dafür, daß die Kommission praktische Arbeit leiste. Mit England, Frankreich und dem holländischen Vorsitzenden als Wortführer

blieb die Mehrheit bei ihrer Absicht, Schluß zu machen und nach Hause zu fahren.

Vergebens pochte Bernstorff darauf, daß bei der letzten Tagung ein einstimmiger Beschluß gefaßt worden sei, die zweite Lesung

des Kommissionsentwurfes in diesem März vorzunehmen. Vergessens erinnerte er daran, daß Clemenceau schon 1919 auf die Einwände Deutschlands gegen den Friedensvertrag die Sonderentwaffnung Deutschlands als eine Einleitung zur allgemeinen Entwaffnung bezeichnet und diese die erste Pflicht des Völkerbundes genannt habe. Vergebens bat er um einen Grund für die Nichtannahme der zweiten Lesung. Er erinnerte daran, daß Politis erst am Donnerstag mit seiner juristischen Autorität festgestellt habe, daß eine vollständige Entwaffnung, also auch Deutschlands vollständige Entwaffnung, gegen den Völkerbundspakt verstöße. Desto größer sei die moralische Verpflichtung der Mächte, endlich ihrerseits den ersten Schritt zur Abrüstung zu tun.

Frankreich und England beeilten sich zu behaupten, daß sie den ersten Schritt längst getan und ihre Rüstungen erheblich herabgesetzt hätten. Der Franzose fügte hinzu, daß der Brief Clemenceaus keine juristische Verpflichtung (!) enthalte und im Versailler Vertrag die deutsche Entwaffnung nur zur Ermöglichung der Vorbereitung einer allgemeinen Begrenzung der Rüstungen vorgenommen sei.

Litwinow griff in sehr geschickter Weise ein. Er stellte fest, daß auch die Russen diese merkwürdige Resolution nicht annehmen könnten. Da die Mehrheit den russischen Abrüstungsplan den Regierungen überreichen wolle, sich aber für einen ersten Schritt, für eine teilweise Abrüstung, sehr interessiere, so sei er bereit, bis nachts 2 Uhr einen Vorschlag für eine teilweise Abrüstung vorzulegen. Der Franzose wandte sich sehr wütend gegen diese Aussicht und der Vorsitzende erklärte, daß dieser russische Antrag dann aber erst bei der nächsten Tagung behandelt werden könne. Litwinow wußte ihm zu erwidern, daß man in früheren Tagungen französische und englische Entwürfe in derselben Sitzung behandelt hätte, in der sie eingereicht waren. Doch das half ihm nichts. Der Vorsitzende versuchte wiederum, die sofortige Vertagung herbeizuführen, als

Bernstorff zu neuem Angriff vorging

und verlangte, daß man vor dem Auseinandergehen den Rat erlaube, in seiner Junitagung die Abrüstungskonferenz auf einen baldigen Zeitpunkt nach der Völkerbundversammlung in diesem Jahre einzuberufen. Der Argentinier versuchte, das Mandat der Kommission zu einem Beschluß zu bezweifeln, und endlich machte gegen 8 Uhr der Kanadier der erregten Debatte, in der Bernstorff nicht weniger als siebenmal das Wort genommen hatte, damit ein Ende, daß er vorschlug, erst einmal auszuschlafen. Sichtlich verärgert berief der Vorsitzende eine neue Sitzung auf Sonnabend früh ein. Deutschland und Rußland haben ihre Stellung also noch 24 Stunden gehalten, es kann aber nicht daran gezweifelt werden, daß die Mehrheit ihren Vertagungswunsch durchsetzt!

Hungerrenten für Angestellte.

Aber 733 Mill. Mark Vermögen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte.

Bei der Beratung des Gesetzes über Leistungen in der Invaliden- und Angestelltenversicherung im Rahmen des Reiprogramms hat der Sprecher der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit größtem Nachdruck auf die Unzulänglichkeit der geplanten Maßnahmen hingewiesen. Der Bürgerblock blieb taub. Nur geringfügige Erhöhungen der Leistungen in der Invaliden- und Angestelltenversicherung sind das Ergebnis eines langwierigen Kampfes der Sozialdemokratie. Es wird zu den großen Aufgaben des kommenden Reichstages gehören, die immer wieder vertagte grundlegende Reform unserer gesamten Sozialversicherung in Angriff zu nehmen und dafür zu sorgen, daß die Rentenempfänger ein menschenwürdiges Dasein führen können.

Die vom Reichstage beschlossenen Verbesserungen in der Angestelltenversicherung beschränken sich auf eine Erhöhung des Kinderzuschusses und eine Aufwertung für Beiträge aus der Zeit vom 1. Januar 1913 bis zum 31. Juli 1921 in Form von Steigerungsbeträgen für sämtliche Gehaltsklassen. Bisher waren die unteren Gehaltsklassen davon ausgeschlossen. Die dadurch entstehende Mehrbelastung schätzt die Regierung auf 10 Millionen Mark im Jahre.

Die Beschlüsse des Reichstages finden eine vernichtende Kritik durch den jetzt vorliegenden Bericht des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte über das Geschäftsjahr 1927. Eindringlicher kann der Nachweis für die Durchführbarkeit der von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion immer wieder geltend gemachten Forderungen für den Ausbau der Leistungen der Angestelltenversicherung nicht geführt werden. In den Anträgen der Sozialdemokratie wurde eine Erhöhung der Renten durch Steigerung des Grundbetrages von monatlich 40 M. auf monatlich 60 M. und die Erhöhung des Steigerungsbetrages von 15 Proz. auf 20 Proz. für die geleisteten Beiträge gefordert. Die Anträge sahen außerdem eine Herabsetzung der Wartezeit von 10 auf 5 Jahre, eine Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug des Ruhegeldes von 65 auf 60 Jahre und die Aufwertung der früheren Beiträge in allen Gehaltsklassen vor. Der Reichstag hat sich bei der Verabschiedung des eingangs erwähnten Gesetzes mit der Annahme einer Entschließung begnügt, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, in einer Denkschrift dem Reichstage mitzuteilen, unter welchen Voraussetzungen die Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre und die Verkürzung der Wartezeit auf 60 Pflichtbeitragsmonate durchführbar ist. So notwendig diese Änderungen des Angestelltenversicherungsgesetzes sind, den Rentenempfängern kann nur durch Steigerung des Grundbetrages und des Steigerungsbetrages wirksam geholfen werden. Die Denkschrift über die Durchführbarkeit all dieser sozialdemokratischen Forderungen braucht nicht mehr angefertigt zu werden, sie liegt bereits in Form des Geschäftsberichts des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt vor.

In den wenigen Jahren der Nachinflationszeit hat die Reichsversicherungsanstalt ein Vermögen von 733 Millionen Mark angesammelt; sie wird sehr wahrscheinlich bis Ende dieses Jahres die erste Milliarde erreicht haben. Im umgekehrten Verhältnis dazu stehen die Rentenleistungen. Wenn man sich die Gewinn- und Verlustrechnung ansieht, stößt man auf einen Betrag von 108 451 440 Mark. Im Jahre 1926 wurden 53 224 938 M. ausgegeben. Das sieht also nach einer Verdoppelung der Rentenleistungen aus. In Wahrheit ist diese Steigerung auf 108 Millionen ein Buchungstrick. Zunächst sind darin 33 Millionen als einmalige Zahlung an die Invalidenversicherung zur endgültigen Abgeltung für Rentenaufwendungen an Angestellte aus der Invalidenversicherung enthalten. Dieser Betrag hat also mit der Rentenlast der Angestelltenversicherung nichts zu tun. Aber auch die dann noch verbleibenden 75 1/2 Millionen Mark Ausgaben für Rentenleistungen sind immer noch zu hoch, weil der Angestelltenversicherung rund 9 1/2 Millionen Mark von anderen Versicherungsträgern zurückerstattet wurden. Die tatsächliche Rentenlast im Jahre 1927 war also nicht 108 1/2 Millionen, sondern nur 66 Millionen Mark. Die durchschnittliche Monatsrente betrug 64 M. Vergleicht man die Gesamtbelastung des Jahres 1926 mit dem Jahre 1927, dann ergibt sich nur eine Steigerung von 13 Millionen Mark. Demgegenüber steht eine Beitragsmehreinnahme von 35 Millionen Mark. Allein an Zinsen wurde eine Einnahme von 48 Millionen Mark erzielt, über 70 Proz. der gesamten laufenden Rentenlast konnten also aus den Zinseinnahmen gedeckt werden.

Diese günstige Finanzentwicklung der Reichsversicherungsanstalt ist jedoch nicht nur bedingt durch die unzureichenden Rentenleistungen, sie ist auch eine Folge des Anwachsens der Versicherten und der Vermehrung der Beitragszahler in den höheren Gehaltsklassen. In der Zeit vom 1. April 1926 bis einschließlich 31. März 1927 gingen monat-

Hitler droht mit Enthüllungen!

Spott über den bayerischen Untersuchungsausschuß.

München, 23. März. (Eigenbericht.)

Adolf Hitler hielt hier eine Rede, durch die das Ergebnis des Untersuchungsausschusses für den Hitler-Putsch in ein eigenartiges Licht gerückt wird. Hitler sagte u. a.:

„Man sieht dort (im Untersuchungsausschuß) Leute als Richter, mit denen ich oft über das Problem des Staatsstreiches gesprochen habe; sie haben die Meinung gehabt. Und jetzt sitzen sie alle als Richter da und kennen einen nicht mehr, fragen einen und wissen es zum Teil besser, als man es selbst weiß. . . Ich habe die Herren gebeten, sie möchten mich vorladen. . . Ich warte andauernd auf telephonischen Anruf, in den Untersuchungsausschuß zu kommen. Nach meiner zweiten Versammlung hat der Ausschuss auf einmal kein Interesse mehr gehabt. Sie wollten mich nicht betätigen. Sie werden Gründe gehabt haben. Ich glaube, ich kenne sie sogar. Es war die Angst, daß ich da drinnen sagen könnte, was sie damals selbst gedacht haben.“

Keine Hilfe für Deutsch-Südtirol.

Eine Anklage des Papstes gegen den Faschismus.

Wien, 23. März.

Der Papst sagte dem römischen Vertreter der „Alliirten Nachrichtenstelle“ über Südtirol, es schmerze ihn aufrichtig, daß deutschen und österreichischen Katholiken ihm den Vorwurf machten, als ob er nicht für die Erteilung des Religionsunterrichts in der

Muttersprache eingetreten sei. Was er tun konnte, habe er getan, er denke als Vater an alle seine Kinder und an die Bedrängten zunächst. Aber sagen Sie, so fuhr er fort, Ihren Koshaken, daß wir nicht frei sind, daß das Verhältnis zwischen Kirche und Staat in Italien genau dasselbe ist wie am 21. September 1870. Wir werden auch in Zukunft tun, was möglich ist, und auch beten, aber wir müssen befürchten, daß weitere Bemühungen von uns die Situation eher verschlimmern als verbessern.

So wenig der Papst inhaltlich den fromm-katholischen Deutschsüdtirolern bringen kann — der Ton, in dem er spricht, ist eine sehr schwere Anklage gegen Mussolini. Nicht die verhüllte Wiederholung der alten Rechtsverwahrung des Papsttums dagegen, daß ihm seine weltliche Macht genommen ist; das ist eine entschiedene Sache, für die selbst gläubige Katholiken nichts mehr fühlen. Wenn aber das Haupt der geistigen Weltmacht, die die Kirche noch ist, für die Öffentlichkeit im Ausland betonen muß, daß er sich vergebens bemüht hat, etwas so Selbstverständliches zu erreichen wie den Schulunterricht in der Muttersprache des Kindes, wenn er hinzusetzt, durch weitere Bemühungen würde er die Lage der Bedrängten noch verschlimmern, so ist hier der kulturfeindliche Faschismus vor aller Welt gezeigelt, und das von einer Stelle, der die Terroristen vom Schwarzen Hemd weder Feindschaft gegen Italien und das italienische Volk, noch Agitationsbedürfnis nachhaken können. Diese Worte des Oberhauptes der Romkirche werden über die ganze katholische Welt dringen, und kein Schimpf, der ja nicht fehlen dürfte, wird sie auslösen.

lich durchschnittlich 2 369 760 Beiträge ein, in der Zeit vom 1. April 1927 bis 30. September 1927 monatlich durchschnittlich 2 969 700. Berücksichtigt man, daß nicht jeder Versicherte in jedem Monat einen Beitrag entrichtet, so ist die tatsächliche Versicherungszahl noch höher. Das Direktorat schätzt sie für Ende 1927 auf 3,12 Millionen. Aus den hier angeführten Zahlen ergibt sich, daß sich in einem halben Jahr die Zahl der Versicherten um über eine halbe Million erhöht hat. Ebenso aufschlußreich sind die Angaben über die Zahl der Versicherten in den einzelnen Gehaltsklassen. Ueber eine halbe Million Versicherte hatte nur einen Monatsverdienst bis 50 M., eine weitere halbe Million ein Monatsverdienst von 50 bis 100 M., eine weitere Million Versicherte einen Monatsverdienst von 100 bis 200 M. Ueber zwei Drittel aller Versicherten hatten also einen Monatsverdienst von unter 200 M. Diese Zahlen beweisen nicht nur die schlechte Lebenslage der Angestellten, sie zeigen auch, wie notwendig die Durchführung der sozialdemokratischen Forderungen ist, weil bei solchen schlechten Einkommensverhältnissen keine genügende Vorsorge durch die einzelnen Angestellten möglich ist.

Von Jahr zu Jahr steigen die Beitragseinnahmen und die Ueberchüsse der Angestelltenversicherung. In welchem Abstände dazu stehen die Rentenleistungen. Die Angestellten werden dafür sorgen müssen, daß der neue Reichstag nicht nur Entschuldigungen annimmt, sondern den Angestelltenrentnern wirkliche Hilfe bringt!

Beharrlich im Unrecht!

Der Wahlspruch des Herrn von Reudell.

Herr v. Reudell hat vor Monaten unter Aufstellung falscher Behauptungen die schweren Vorwürfe des Vertrauensbruchs und der Irreführung der Öffentlichkeit gegen den preussischen Vertreter im Reichsrat Ministerialdirektor Badt erhoben. Es wurde sofort festgestellt, daß seine Behauptungen falsch, seine Vorwürfe unbegründet waren. Herr v. Reudell hat daraus keine Folgerungen gezogen.

Der preussische Ministerpräsident hat Herrn v. Reudell aufgefordert, eine Erklärung gegenüber dem angegriffenen Beamten abzugeben. Herr v. Reudell schweig.

Der Reichsrat hat, nachdem alle Vermittlungsversuche fehlgeschlagen waren, einen Beschluß gefaßt, der das Unrecht des Herrn v. Reudell feststellte. Herr v. Reudell hat trotzdem keine Erklärung gegenüber dem angegriffenen Beamten abgegeben.

Am Donnerstag hat Genosse Sollmann Herrn v. Reudell in offener Reichstagsitzung an den Fall Badt gemahnt:

„Ich richte an Sie, Herr Minister, im Interesse der gesamten Beamenschaft die dringende Frage: „Wollen Sie nicht endlich dieses Unrecht wieder gut machen?“

Herr v. Reudell hat daraufhin endlich die Sprache gefunden. Er hat gestern im Reichstage geantwortet:

„Dem Wunsche des Abg. Sollmann, daß ich eine Erklärung gegenüber dem Ministerialdirektor Badt abgeben möge, kann ich zu meinem Behagen nicht entsprechen. Es wird dabei bleiben müssen, daß bei Beurteilung der damaligen Vorfälle zwischen Herrn Sollmann einerseits und mir und meinen Freunden andererseits tiefgehende Meinungsverschiedenheiten bestehen.“

Es wird dabei bleiben müssen, daß Herr v. Reudell einen Beamten öffentlich falsch beschuldigt hat und sich weigert, es einzugehen, weil der Beamte Sozialdemokrat ist. Herr v. Reudell will dieses Unrecht in sein fünfziges nicht-ministerielles Dasein mitnehmen.

Bereinigung Walbeds mit Preußen.

Der Amtliche Preussische Pressedienst teilt mit:

Der Staatsvertrag über die Vereinigung Walbeds mit Preußen ist im preussischen Staatsministerium am 23. März d. J. unterzeichnet worden. Die Vorlage an die beiderseitigen Landtage wird unverzüglich erfolgen.

Der Staatsvertrag wird in der nächsten Woche den Preussischen Landtag beschäftigen.

Koalitionskrise in Sachsen?

Ein Ultimatum der Wirtschaftspartei.

Dresden, 23. März. (Eigenbericht.)

In einer unterfraktionellen Sitzung der sächsischen Regierungsparteien verlangte die Wirtschaftspartei ultimativ, daß den Forderungen der Hausbesitzer endlich Rechnung getragen wird. Falls das bis Montag nicht geschehen sei, würde die Wirtschaftspartei aus der Regierungskoalition ausscheiden. Die anderen Koalitionsparteien haben bisher die Forderung der Hausagrarier abgelehnt. Der von der Sozialdemokratie gestellte Antrag auf Auflösung des Landtages gewinnt unter diesen Umständen erhöhte Bedeutung.

Schwarzweißrot im Bergrevier.

Provokation der Bergarbeiter und eine amtliche Verfügung.

Bei dem letzten großen Grubenunglück im Regierungsbezirk Münster hat eine Zeche zum Zeichen der Trauer schwarzweißrote Fahnen aufgezogen. Diese Beflaggung wurde in einem Teil der Presse als eine beabsichtigte Provokation der Arbeiterschaft bezeichnet. Die von dem Regierungspräsidenten in Münster, Dr. Amelung, eingeleitete Untersuchung hat ergeben, daß dieser Vorwurf unberechtigt ist. Die schwarzweißrote Beflaggung ist durch die örtliche Betriebsleitung erfolgt und von der Hauptverwaltung der Zeche sofort beseitigt worden, als sie von diesem Mißgriff Kenntnis erhielt. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat dieser Sonderfall, der mit Recht in Bergarbeiterkreisen unliebsam empfunden wurde, dem Regierungspräsidenten in Münster Veranlassung gegeben, in einer Rundverfügung sämtliche Vordrä und Oberbürgermeister seines Regierungsbezirks zu ersuchen, allen Zeichenverwaltungen in geeigneter Weise nahezu legen, bei Flaggenanlässen ordnungsmäßig in den Nationalfarben zu flaggen.

Schmutz und Schand in Deutschösterreich. Im Bundesrat (unserem Reichsrat entsprechend) hat die Bürgermehrheit gegen sozialen sozialistischen Widerpruch die Regierung um Nachahmung der reichsdeutschen Kültzerei ersucht.

Der preussische Justizminister hat — wie amtlich mitgeteilt wird — die Einrichtung von Justizprekedenzen für jeden Oberlandesgerichtsbezirk angeordnet.

Reichsgericht versorgt Kapp-Putschisten.

Auf Kosten des preussischen Staates. — Traugott von Jagow erhält Wartegeld.

Leipzig, 23. März. (Eigenbericht.)

Der dritte Zivilsenat des Reichsgerichts hat der Klage des Kapp-Putschisten Traugott von Jagow auf Wartegeld stattgegeben und den preussischen Staat verurteilt, dem Kläger vom 1. Januar 1922 an die ihm als Regierungspräsident im einstweiligen Ruhestand „gesetzlich zustehenden Gehältern“ weiter zu gewähren. Außerdem hat der preussische Staat die Kosten zu zahlen.

Jagow wurde vom 4. Strafsenat des Reichsgerichts am 21. Dezember 1921 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 5 Jahren Festungshaft verurteilt. Seine Ansprüche auf Wartegeld wurden damit hinfällig und von der preussischen Regierung abgelehnt. Preußen stützte sich dabei auf den § 7 des Disziplinargesetzes vom 21. Juli 1852. Danach hat ein Beamter, der eine Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahre zu verbüßen hat, keinen Anspruch auf Wartegeld oder Pension. Jagow klagte daraufhin, wurde aber von der 9. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin und später vom Kammergericht in Berlin abgewiesen. Jetzt wandte er sich an das Reichsgericht und klagte auf Armenatteste. Das höchste deutsche Gericht entschied sich für den Putschisten.

In der Begründung dieses Urteils heißt es: Zu entscheiden war, ob der Kläger, der durch Strafurteil wegen Beihilfe zum Hochverrat zu mehrjähriger Festungshaft, aber nicht zum Verlust seines Amtes verurteilt worden ist, gleichwohl nach § 7 des preussischen Disziplinargesetzes vom 21. Juli 1852 mit der Rechtskraft des Strafurteils ohne weiteres sein Amt als Regierungspräsident verloren hat. Die Frage ist zu verneinen. Es kann dahingestellt bleiben, ob jene Bestimmung des preussischen Rechts allgemein im Widerspruch mit dem Strafgesetzbuch steht. Es bedarf auch nicht der Prüfung, welchen Einfluß etwa die Grundsätze des Artikels 129 der Reichsverfassung auf ihren Bestand haben. Hier scheidet die Anwendung des § 7

des preussischen Disziplinargesetzes in jedem Fall an dem Widerspruch, in dem sie zu der Regelung des § 81 des Strafgesetzbuches, also derjenigen Bestimmung stehen würde, auf Grund deren der Kläger seinerzeit verurteilt worden ist. Nach § 81 Abs. 3 kann neben der Festungshaft der Verlust der Bekleidung öffentlicher Beamter eintreten. Der Verlust des Amtes soll also nur dann eintreten, wenn das Gericht besonders darauf erkannt. Diese Vorschrift des Reichsrechts würde ihrer praktischen Bedeutung entkleidet, wenn durch Landesrecht, gleichviel aus welchem Grund und Zweck bestimmt werden kann, daß der Verlust des Amtes als Folge der Bestrafung eintritt. Aus § 7 läßt sich daher der Amtsverlust in diesem Falle nicht herleiten. Da auch ein anderer Grund für die Annahme eines solchen Verlustes nicht vorliegt, sind dem Kläger die gesetzlichen Bezüge für Beamte zuzusprechen. Die Möglichkeit eines Vorgehens im Wege des Disziplinarverfahrens wird dadurch selbstverständlich nicht berührt.

Katastrophale Justiz: nach dem Salomon-Rüster-Urteil das Jagow-Urteil!

Die Forderung Jagows ist im tiefsten Grund unsittlich. Das Reichsgericht hat mit juristischen Konstruktionen eine unsittliche Forderung für juristisch berechtigt erklärt. Dieser Widerspruch besteht, er hat der Rechtsprechung des Reichsgerichts an.

Das Reichsgericht hält es für möglich, daß ein Regierungspräsident putsch und nach dem Putsch trotz Verurteilung wegen Hochverrats noch Regierungspräsident bleibt! Von Rechts wegen. Sein Urteil verurteilt einen Staatsverbrecher mit einer Pension auf Kosten des Staates, gegen den sein Verbrechen sich richtete.

Solche Urteile sind es, die offene Feindseligkeit gegen diese Art von Rechtsprechung hervorgerufen und das Vertrauen in die Justiz immer mehr erschüttern. Denn für Recht hält dieses Urteil kein Mensch — Herr v. Jagow wahrscheinlich auch nicht.

Der schwere Existenzkampf der „D.A.Z.“

Und das Geheimnis um Abg. v. Freytag-Loringhoven.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ war von Herrn Stresemann aus der Konturmasse Stinnes für die Reichsregierung erworben worden. Als dieser Kauf rückbar wurde, erfolgte Weiterverkauf an „eine aus Industrie, Handel und Schifffahrt zusammengesetzte Gruppe“. Die „Deutsche Zeitung“ behauptet aber, daß das Blatt noch immer in enger Beziehung zum Auswärtigen Amt stehe und aus dessen geheimen Dispositionsfonds unterstützt werde.

Die „D.A.Z.“ wendet sich nun gegen die „Deutsche Zeitung“ mit einer Entgegnung, in der sie behauptet, daß der gegen sie gerichtete Artikel des alldeutschen Blattes von Unwahrheiten strotze. Ob zu diesen Unwahrheiten auch die Behauptung gehört, daß sie vom Auswärtigen Amt Zuwendungen finanzieller Art erhalte, geht aus der Entgegnung nicht ganz klar hervor. Ob diese Unklarheit gewollt oder nur ein Versehen der Stilisierung ist, entzieht sich unserer Kenntnis.

Wenn die „D.A.Z.“ von der Rechts ein „gewisses Verständnis für den schweren Existenzkampf“ fordert, den sie nach ihrem eigenen Geständnis seit Jahren führt, so kann man das verstehen; sie ist ja ein ausgesprochenes Rechtsblatt. Sehr eigenartig müssen aber folgende Schlusssätze ihrer Entgegnung berühren:

„Wir können nicht wissen, wer der Verfasser der Zuschrift ist. Ueberausgehend scheint uns nur zu sein, daß sie sich in Ge-

staltung und Tenor in auffälliger Weise mit einigen Bemerkungen deckt, die in einem Aufsatz des Reichstagsabgeordneten Freiherrn von Freytag-Loringhoven in der nämlichen „Deutschen Zeitung“ vom Dienstag, dem 20. März, zu finden waren. Es ist uns auch bekannt, daß dieser Reichstagsabgeordnete im Parlamenten notorische Unwahrheiten über die Besitzverhältnisse und die Redaktionsmitglieder der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ verbreitet. Sollte der Genannte das Bedürfnis haben, seine Fichte weiter fortzuführen, so können wir ihm vor Gericht und in der Zeitungs-Polemik mit für ihn wenig erfreulichem Material dienen.“

Wenn Worte noch einen Sinn haben, heißt das: „Fährst du fort, uns zu enthüllen, dann werden wir dich enthüllen. Schweigst du, dann werden auch wir schweigen.“ Wenn die „D.A.Z.“ glaubt, den Abg. v. Freytag-Loringhoven durch solche Drohungen zum Schweigen bringen zu können, dann muß sie das Material gegen ihn, über das sie verfügt, für sehr schwerwiegend halten. Ist es das wirklich, dann kann sie die Veröffentlichung oder Nichtveröffentlichung anständigsterweise nicht von seinem Verhalten ihr gegenüber abhängig machen, sondern muß damit herausrücken. Dieses Arbeiten mit geheimnisvollen Andeutungen und offenen Drohungen ist Revolvermanier und mit den Grundsätzen einer auf Sauberkeit haltenden Journalistik nicht vereinbar.

Reichstagsauflösung am 31. März.

Dauerhaltungen in der nächsten Woche.

In der gestrigen Sitzung des Kabinettsrats des Reichstages einigten sich sämtliche Parteien darüber, daß am 31. März die letzte Sitzung des gegenwärtigen Reichstages abgehalten werden soll. Der Arbeitsplan für die nächste Woche ist folgendermaßen festgesetzt worden:

Montag Fortsetzung der Beratung des Haushalts des Innenministeriums und Nachtragsetat für 1927; Dienstag Marineetat und Rhodus-Angelegenheit, Ergänzungsetat für 1928; Mittwoch Haushalt der Reichsfinanzverwaltung und Staatsgesetz; Donnerstag zweite und dritte Lesung des Gesetzes über die Kreditrentenbank, kleinere Vorlagen, Schlussabstimmung über das Ueberleitungs-gesetz; Freitag und Sonnabend dritte Lesung des Etats. Außerdem werden noch einige kleinere Vorlagen an den einzelnen Tagen eingeschoben werden. Ob auch noch die Reform des Ehe-scheidungsrechts, das Gesetz über den Schutz der Jugend bei Lastarbeiten und die Novelle zum Tabaksteuergesetz zur Beratung kommen werden, darüber ist noch keine Einigung erzielt worden, es wird vielmehr das weitere noch in einer Kabinettsratsitzung im Laufe der nächsten Woche besprochen werden.

Die Sitzung am Montag wird um 12 Uhr beginnen, vom Dienstag ab sollen die Sitzungen um 10 Uhr anfangen.

Bertushtes Elsaß-Panama.

Nicht Verfolgung wie gegen Autonomisten!

Paris, 23. März. (Eigenbericht.)

Die Regierung scheint während der Parlamentsferien die großen Liquidationskandale in Elsaß-Lothringen vertuschen zu wollen. So versuchte der Justizminister Barthou am Freitag, die außerordentlich dunkle Affäre der Uebernahme ehemals deutscher Koligruben im Elsaß, die bereits seit Jahren die Öffentlichkeit beschäftigt, durch einen höchst willkürlichen Schiedspruch zu begraben.

Der elsässische Senator Helmer hatte gegen den Generalstaatsanwalt Jacot in Kolmar wegen gewisser Rechtswidrigkeiten bei der Uebernahme des deutschen Kolibehes im Elsaß öffentlich

Angriffe erhoben. Helmer, der von der Regierung zum General-sequester ernannt worden war, wurde von Jacot, der damals Generalstaatsanwalt in Mülhausen war, seiner Stellung ent-hoben, offenbar, weil er sich mit den Schiedsprüchen Jacots nicht einverstanden erklären wollte. Unter der Wucht der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen beantragte Jacot vor einiger Zeit die Einleitung einer Disziplinaruntersuchung gegen sich. Der Justiz-minister gab diesem Erluchen statt und hat am Freitag das Ergebnis der Untersuchung mitgeteilt: die von Senator Helmer erhobenen Anschuldigungen seien unbegründet.

Diese Entscheidung, für die Barthou die volle Verantwortung tragen will, berührt um so peinlicher, als in dem erst in der vorigen Woche veröffentlichten Bericht der Kammerkommission zur Prüfung der Staatsverträge gleichfalls scharfe Kritik an der Amtsführung Jacots hinsichtlich der Entscheidungen über die Liquidation in Lothringen geübt worden ist.

Großfeuer am Spittelmarkt.

Eine Nähseidenfabrik in Flammen.

In der Näh- und Stidseidenfabrik der Salomon-Kiengeseellschaft, Niederwallstraße 31, brach gestern nacht im ersten Stockwerk des Vordergebäudes kurz nach 11 Uhr Feuer aus, das aber erst bemerkt wurde, als aus den Fenstern meterhohe Flammen hervorschlügen. Beim Eintreffen der Wehren hatte das Feuer bereits die vierte Etage in ihrer ganzen Ausdehnung ergriffen und war auf den Dachstuhl übergesprungen. Kurz nach Mitternacht war die Gewalt des Feuers gebrochen.

Der Schaden ist sehr erheblich, da große Lagerbestände und wertvolle Druckereimaschinen der Betriebdruckerai brennend wurden.

Zumitteln der Vöjharbeiten kam abermals ein Feueralarm aus der Holzmarktstraße 53. Dort war in einer Tischlerei Feuer entstanden. Zwei Vöjchzüge kämpften das Feuer nach dreistündiger Tätigkeit nieder. Bei beiden Bränden ist die Entstehungs-ursache noch ungeklärt.

Reform der Landarbeiterfiedlung.

Der Siedlungsausschuß stimmt dem sozialdemokratischen Antrag zu.

Der Siedlungsausschuß des Reichstages führte am Freitag die Besprechung der Landarbeiterfiedlung zu Ende. Aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge sind von 1921 bis 1927 rund 41 000 Landarbeiterwohnungen geschaffen worden, darunter 22 000 Mietwohnungen und 19 000 Eigenwohnungen. Eine immerhin beachtliche Leistung. Man halte daneben, daß das alte Preußen nach amtlichen Mitteilungen von 1909 bis 1918 in seinen östlichen Provinzen noch nicht einmal sage und schreibe 200 Arbeiterwohnungen erbaut hat.

Die Gehobtmachung der Landarbeiter soll jetzt sowohl auf Reichs- wie aus Staatsmitteln noch stärker als bisher gefördert werden. Gebodt ist dabei vor allem an

Landarbeiterfiedlungen mit rund 8 Morgen Land, die etwa je 10 000 M. aus öffentlichen Mitteln erfordern würden.	
Die Belastung würde sich wie folgt ergeben:	
5 400 M. Hauszinssteuer mit 10% verzinslich	54,— M.
3 600 „ Nachweilungskredit zu 4½%	148,— „
800 „ Einrichtungskredit zur Ergänzung des fehlenden Eigenkapitals, zinslos, vom 6. Jahre ab mit 2%, tilgbar	16,— „
9 800 M. Beihilfen mit einer Jahresbelastung	218,— M.

Daneben wird der Landarbeiterwohnungsbau wie bisher gefördert werden.

Der deutschnationale Abgeordnete und christliche Landarbeiterführer Häcker wandte sich gegen die Ausstattung der Fiedlung mit 8 Morgen Land; 1 bis 2 Morgen seien ausreichend! Herr Behrens, sein Fraktions- und Verbandkollege, glänzte durch Abwesenheit.

Für die Räte der Landarbeiter setzte sich Genosse Jäder ein, der verdienstvolle Leiter der ostpreussischen Landarbeiterorganisation. Er verlangte die verstärkte Anweisung der Landarbeiter aus sozialen und nationalen Gründen gerade für den Osten, lehnte aber jede gefühlige Unterbindung der Freizügigkeit ab. Er beantragte,

nicht nur reinen Landarbeitern, sondern auch anderen Arbeitern, die bereit und geeignet seien, in der Landwirtschaft tätig zu sein, die Mittel in gleicher Höhe zur Verfügung zu stellen.

Genosse Tempel erbat besondere Berücksichtigung auch der dichtbesiedelten Gebiete im Westen, besonders in Hannover.

Gegen die Stimmen eines Teiles der deutschnationalen und des Zentrums nahm dann die Ausschlußmehrheit folgenden Antrag Jäder-Tempel an:

„Der Reichstag ist damit einverstanden, daß für die Anweisung von Landarbeitern und solchen Arbeitern, die zur Landarbeit befähigt und bereit sind, in den dünnbesiedelten Gebieten durch die Landkreise oder die von ihnen errichteten Kreisfiedlungsgelellschaften unter Vermittlung der Landeskulturbehörden die gleichen Kredite, und zwar Ankaufs-, Nachweilungs- und Einrichtungskredite gewährt werden dürfen, wie für die bäuerlichen Koloniefiedlungen der gemeinnützigen Fiedlungsunternehmen.“

Preussische Arbeitslosenfürsorge.

Das preussische Staatsministerium hat dem Staatsrat einen Gelegenheitsentwurf über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur verstärkten Förderung von Wohnstätten der wirtschaftlichen Arbeitslosenfürsorge mit der Bitte um beschleunigte autochtische Ausführung überreicht. Hiernach soll dem Staatsministerium ein Betrag von 75 Millionen RM. für den genannten Zweck zur Verfügung gestellt werden, die durch den Finanzminister im Wege des Kredits zu beschaffen sind.

Die Arbeitszeit der Kohlengräber.

Scharfe Auseinandersetzung im Unterhaus.

London, 23. März. (Eigenbericht.)

Das Unterhaus beriet den von der Arbeiterpartei eingebrachten Gelegenheitsentwurf auf Wiederherstellung des Siebenstundentages im Bergbau. Abg. Gen. Grennwall betonte, daß die Beseitigung der Kräfte im Bergbau unmöglich sei, solange die britischen Bergarbeiter länger unter Tage zu arbeiten hätten als ihre Kollegen in der Welt mit Ausnahme der chinesischen Arbeiter! Der Minister für Bergbau suchte zu beweisen, daß die Verhältnisse im Bergbau noch schlimmer wären, falls man die Arbeitszeit nicht verlängert hätte; die Regierung denke nicht daran, das Achtstundengesetz abzuschaffen. Als Lord George (lab.) versuchte, die Arbeiterpartei für die gegenwärtige Lage der Bergarbeiter verantwortlich zu machen, stieß er auf außerordentlich scharfen Protest der Arbeiterpartei. Lord George stellte daraufhin fest, daß er trotz der Unterstützung der Bergarbeiter von deren Abgeordneten am Reden verhindert werde und verzichtete auf weitere Ausführungen. Der Gelegenheitsentwurf wurde schließlich mit 27 Stimmenmehrheit abgelehnt, nämlich mit 154 gegen 127 Stimmen.

Balkanterror.

In Südbawien, Rumänien, Bulgarien und Griechenland.

Die fürchterlichen Zustände im Belgrader Polizeigefängnis, der „Blaonitscha“, sind leghin in der Stupischina enthüllt worden und haben Entsetzen erregt; der slowenisch-sterilise Innenminister Dr. Koroscheg aber, ein christlicher Priester, lehnte sogar die Einleitung einer Untersuchung ab. Auch in dem Kommunistenprozeß gegen den Studenten Rado Bujowitsch und seine Genossen wurden diese Grenz aufgedeckt; dem verdankt Bujowitsch es vielleicht, daß seine Strafe auf Berufung der Staatsanwaltschaft von 6 Monaten auf fünf Jahre schweren Kerkers erhöht worden ist.

Seit acht Jahren liegt in dem rumänischen Schreckenskerker Doriana der sozialistische Vorkämpfer Bujor; eine neue Protestwelle gegen die weitere Einkerkierung dieses bereits ganz gebrochenen Mannes ist im Steigen. Boris Stefanoff und seine Mitangeklagten, bessarabische Kommunisten, haben, da ihre Berufung infolge Berufung noch nicht rechtskräftig ist, die ihnen befohlene Zwangsarbeit zu leisten abgelehnt. Dafür hat man sie in die berüchtigten Karzer, die Lehenden Zementfänge von Mlowa gesteckt, in denen sie sich nicht rühren können.

Eine Reihe britischer Arbeiterabgeordneter haben den bulgarischen Ministerpräsidenten Daptschew brieflich aufgefordert, den grauenvollen Terror in Bulgarien abzustellen.

In Athen und anderen Städten sind Arbeiterdemonstrationen häufig niedergebunden worden.

Eisenbahnskandal.



Wieder mal die ganze Montur mit Schmieröl versaut!

„An den Galgen mit Curtius!“

Bauernverhehung auch in Bayern.

München, 23. März. (Eigenbericht.)

„An den Galgen mit dem Reichswirtschaftsminister!“ — war die stürmische Forderung einer 4000köpfigen Bauernversammlung in Augsburg. Sie wurde provoziert durch eine aufpeitschende Rede eines christlichen Bauernvereinssekretärs, der die Bauern in maßloser Weise gegen die Handelspolitik der Reichsregierung aufhetzte. In dieselbe Kerbe hieben dann auch die beiden anderen Redner, ein Bauernbündler und ein deutschnationaler Landbündler, so daß in der Versammlung schließlich nur noch stürmische Zwischenrufe laut wurden. „Drosselt dem Curtius den Hals ab!“ „Einen Strick her für drei Pfennige!“ „Her mit einem Wirtschaftsdiktator, her mit Mussolini!“ „Auf zur Last! Es wird werden wie im Weltkrieg!“ — das sind einige Proben der aufgeregten Stimmung, an der die drei Referenten, darunter zwei

bayerische Landtagsabgeordnete, ihre helle Freude hatten. In dieser Stimmung liehen die Bauern nicht mit einer der üblichen Versammlungsresolutionen abspielen. Als die drei Referenten sich dünne machen wollten, sprang ein Bauernbündler auf den Tisch und verlangte unter tosendem Beifall eine Erklärung zur Frage der Bauernvereinigung. Die Redner hätten nur auf ihre eigene Regierung geschimpft, sie würden jetzt abreißen wie immer und alles bleibe beim Alten. Wenn sie jetzt nicht sofort Farbe bekennen, würden sie als Führer abgesetzt, denn sie seien Verführer. In dieser kritischen Stimmung gaben die drei Heher die gemeinsame Erklärung, daß sie unter sich sofort einen Ausschuß bilden wollten zur Vorbereitung der Bauernvereinigung nach vor den Wahlen. Mit diesem Trick retteten sich die drei Referenten aus der bedrohlichen Situation.

Der Selbstmord Polens.

Die Verfolgung der slawischen Minderheitsvölker.

In seinen weiten Ostgebieten hat Polen etwa sieben Millionen Weißrussen und Ukrainer, die es zu Polonisierungszwecken unter kaltem Druck hält, während jenseits der Grenze die Volksgenossen dieser Unterdrückten eigene Selbstregierungsstaaten haben, mit ihrer Sprache als Staatsprache. Ueberdies haben die Bauern jenseits der Grenze das Herrenland bekommen, während ihnen in Polen die Bodenreform nur versprochen ist. Was Wunder, daß diese Ostslawen zur Vereinigung mit ihren Volksgenossen streben und, unter dem Antrieb der Landarmut oder gar Landlosigkeit und der fremdnationalen Beherrschung, natürlich zur Vereinigung unter dem fünfzigjährigen Stern! Statt nun diese starken Minderheiten möglichst mit dem polnischen Fremdvolk zu verschmelzen, hat ihnen soeben erst der Regierungsterror bei der Parlamentswahl einen großen Teil ihrer Mandate geraubt. Seit Wochen wird in Wilna gegen Hunderte Weißrussen der Symadaprozess wegen Hochverrats geführt und als leghin der Kronzeuge des Staatsanwalts, der Lockspiegel Huryn ermordet wurde, folgten neue Massenverhaftungen und eine milde Presseverfolgung. Damit aber die Wahnwunden der Ukrainer sich nur ja nicht schließen, streut Warschau Salz hinein: Alle Starosten (Landräte) in Galizien haben die Auflösung der Organisationen des ukrainischen Kulturbundes „Proswita“ in Angriff genommen. Die Saktionen der „Proswita“ waren vor längerer Zeit von den polnischen Behörden bestätigt worden. Begründet wird die Auflösung mit Befürchtungen vor dem Einfluß der Kommunisten, die sich in die „Proswita“ in großer Zahl eingeschlichen haben sollen.

So treibt man die Minderheitsvölker in immer schärfere Opposition, in der schon sehr große Teile selbst des polnischen Volkes stehen. Wie es scheint, will man in Warschau die Lehren der eigenen Vergangenheit durchaus vergessen!

Wer wird Sejmarschall?

Warschau, 23. März. (Eigenbericht.)

Die sozialistische Sejmfraktion hat beschlossen, den Abg. Dazynski als Sejmarschall vorzuschlagen. Der Vorstand wurde ermächtigt, mit den anderen Linksparteien darum Fühlung zu nehmen. Gen. Dazynski war bisher Vizepräsident des Sejm. Wisludski hat, wie bekannt, seinen Stellvertreter, den Vizepremier Bartel als Sejmarschall emp. oder richtiger befohlen.

Sowjetrichter vor Gericht.

Amerika wird auch im Bestechungssystem nachgemacht.

Die Moskauer „Prawda“ berichtet von einem Prozeß in Kasan. Eine Anzahl Justizbeamte, darunter zwei stellvertretende Gerichtsvorsitzende, einige Mitglieder des Verteidigerkollegiums, ein Staatsanwaltsgehilfe, mehrere Gerichtsmitglieder, der Sekretär des Stadtvollzugsrats sowie einige Kaufleute wurden zu Strafen von zehn Jahren bis sechs Monaten Gefängnis verurteilt; andere kamen mit einem bloßen Verweis davon. Die Gerichtsverhandlung leitete in die korrupten Verhältnisse hinein, die in einem Teil der Sowjetrepublik herrschen. Als die GPU von den Richterbrüchen Kenntnis erhielt, vernahm sie den Volksschlichter Prostow. Er sprach ausführende Befundungen zu machen, nahm sich aber das Leben. Doch soll es der GPU gelungen sein, das Korruptionsnest auszuhöhlen. Seine Seele war der Sekretär des Stadtvollzugsrats

Soschkin, der freundschaftliche Beziehungen zu dem stellvertretenden Vorsitzenden des Strafgerichts unterhielt. Mit einigen Verteidigern und zwei überbesumundeten Persönlichkeiten entwickelte er nun eine äußerst rege Tätigkeit. Bald hieß es: Soschkin könne alles machen. Er nahm von Angeklagten Bestechungsgelder, die er zwischen sich und den in Frage kommenden Richtern teilte. Ganz besonders ausgezeichnet hatte sich auch ein hoher Verwaltungsbeamter und Leiter der Gouvernementspolizei namens Fernobof. Er hatte ein raffiniertes Bestechungssystem ausgearbeitet: die Kaufleute zahlten ihm bestimmte Abgaben. Das Gericht verurteilte ihn zu fünf Jahren Gefängnis.

Bauern überfallen den Dorffowjet.

Die Moskauer „Iswestia“ berichtet von einem Prozeß gegen 15 Bauern, die angeklagt waren, einen Dorfvollzugsrat überfallen zu haben. Der Oberste Gerichtshof der Krim verurteilte wegen Missetaten gegen Behörden einen Bauern zu sechs Jahren Gefängnis, zwei zu drei Jahren, fünf zu zweieinhalb und sechs zu einem Monat Gefängnis.

Umkehrung in Ungarn.

Arbeiter verprügeln Radauraktionäre.

Nach Wiener Vorbild regten sich auch in Budapest idiotische Raffenaktionäre darüber auf, daß die Oper „Jonny spielt auf“ gegeben wurde. Bis zum Vorstellungsbeginn stänkerten sie die Opernbesucher an, dann veranlaßte sie die Polizei, sich ein anderes Tätigkeitsfeld zu suchen. Sie fanden es vor dem Gebäude des sozialdemokratischen Zentralorgans „Nepzsoha“, dem sie unter obligatem Gebrüll eine Anzahl Fenster einschlugen. Da die Polizei nicht dagegen einschritt, nahmen eine Anzahl Arbeiter die Wiederherstellung der Ordnung nebst dazu geeigneten Instrumenten in die Hand und verprügelten die Radaubruder so gründlich, daß ihr Bedarf bald gedeckt war und sie das Weite suchten. Zum ersten mal seit der Horthy-Gegenrevolution von 1919 haben ungarische Arbeiter, die so schwer leiden mußten, zur Selbsthilfe gegriffen.

Erzengel Gabriel d'Annunzio.

Was heutzutage italienmöglich ist.

Aus Trient wird gemeldet: In Mezzolago im Ledrothal wurde die Sprengung einer Reihe von Minen vorgenommen, wodurch sich das Wasser des Ledrosee in den Gardasee ergießen wird. Dadurch wurde eine der mächtigsten Elektrizitätsgeneratoren in Betrieb gesetzt. Die Minen sind 26 Meter unter dem Wasserpiegel des Sees gelegt und (natürlich!) von Gabriele d'Annunzio zur Explosion gebracht worden. Einige Tage zuvor hatte Gabriele d'Annunzio an den Bürgermeister von Rovereto telegraphiert:

Am nächsten Sonntag wird Erzengel Gabriel auf dem Ledrosee niedersteigen und die große Mine entzünden mit dem Lächeln jenes Domiano Ghiesla (eines Revolutionsers, der wegen „Hochverrats“ hingerichtet wurde), der sein Opfer in mächtiger Energien der Zukunft umgewandelt sah. Ich umarme Sie.
Gabriele d'Annunzio.

Der Erzengel Gabriel — da wird sich ja Mussolini, sein Antikurrent im Schwadronieren, rasch zum Herrgott ernennen müssen!

Die Arbeitslosigkeit im Februar.

Allmählicher Rückgang.

Nach der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund veranstalteten Erhebung über die Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit in den ihm angeschlossenen Gewerkschaften ist die Arbeitslosigkeit auch im Monat Februar weiter zurückgegangen. Im Durchschnitt waren arbeitslos Ende Februar 1928 10,5 Proz. gegenüber 11,4 Proz. Ende Januar, während die Anzahl der in Kurzarbeit Beschäftigten sich nicht geändert hat. Obwohl der Prozentsatz der Arbeitslosen noch immer ein sehr hoher ist, muß bemerkt werden, daß dieser hohe Prozentsatz der Arbeitslosigkeit in der Hauptsache zurückzuführen ist auf Saisonwirkungen und im Februar 1927 noch erheblich größer war. Damals waren noch 15,9 Proz. arbeitslos.

Im Bergbau, wo der Prozentsatz der Arbeitslosen auch im Januar nur 2,3 Proz. betrug, ist er im Februar auf 2 Proz. zurückgegangen. Im Baugewerbe geht die Arbeitslosigkeit nur sehr langsam zurück. Sie betrug im Baugewerksbund 22,8 Proz. (Ende Januar 26,8 Proz.), bei den Dachdeckern 36,9 Proz. (36,8 Proz.), bei den Malern 27 Proz. (31,3 Proz.), bei den Zimmerern 35,9 Proz. (40 Proz.). Auch bei den Steinarbeitern ist die Arbeitslosigkeit noch immer sehr hoch sie beträgt 16,9 Proz. (20,5 Proz.). Bei den Holzarbeitern ist sie mit 12,1 Proz. fast unverändert. Etwas härter zurückgegangen ist die Arbeitslosigkeit bei den Gärtnern, wo sie immerhin noch 19,9 Proz. (28,5 Proz.) beträgt.

In der Metallindustrie ist die Arbeitslosigkeit fast unverändert. Sie betrug im Metallarbeiterverband im letzten Monat wie im Januar 5,4 Proz., bei den Kupferschmiedern ist sie auf 6,5 Proz. gestiegen.

Auch bei den Textilarbeitern ist eine unwesentliche Steigerung der Arbeitslosigkeit von 3,6 auf 4,2 Proz. zu ver-

zeichnen. Doch ist dieser Prozentsatz als günstig zu bezeichnen. Auch im graphischen Gewerbe ist, abgesehen von den Buchbindern, wo noch andere Berufe (Kartonnagenherstellung usw.) den Prozentsatz der Arbeitslosigkeit beeinflussen, der Beschäftigungsgrad im allgemeinen ein guter. Bei den Buchbindern waren arbeitslos 6,7 Proz. (6,8 Proz.), bei den Buchdruckern 2,7 Proz. (3,2 Proz.), bei den graphischen Hilfsarbeitern 4,2 Proz. (4,5 Proz.), bei den Lithographen 5,2 Proz. (5,5 Proz.), schließlich in der Papierherstellung 3,3 Proz. (3,4 Proz.).

Auch in der Lederindustrie ist die Arbeitslosigkeit etwas zurückgegangen, wenn sie auch dort noch ganz besonders bei den Sattlern, Tapezierern und Porzellanmalern (16,4 Proz.), außergewöhnlich hoch ist. In der Nahrungs- und Genussmittelindustrie ist, mit Ausnahme der Tabakindustrie, die Arbeitslosigkeit im Abflauen.

Auch in der Bekleidungsindustrie hält die Besserung an. Bei den Bekleidungsarbeitern betrug die Arbeitslosigkeit im Februar 11,9 Proz. (15,9 Proz.), bei den Hutarbeitern 22,8 Proz. (23,3 Proz.).

Als charakteristisch für den Beschäftigungsgrad kann man im allgemeinen die Bewegung im Verkehrsbund ansehen, wo die Arbeitslosigkeit von 8,6 auf 5,1 Proz. zurückging. Berechnend ist auch für die große Masse der Ungelernten die Arbeitslosigkeit im Fabrikarbeiterverband, wo sie zurückging von 9,9 Proz. auf 8,7 Proz.

Das langsame Tempo in der Wiederaufnahme der Arbeit in den Saisongewerben, das sich auch auf die anderen Industrien natürlich auswirkt, ist in der Hauptsache zurückzuführen auf den außerordentlich strengen und anhaltenden Winter.

Die Buchdrucker haben gekündigt!

Verhandlungen bis jetzt fruchtlos.

WIB. berichtet: Die am Freitag im Reichsarbeitsministerium geführten weiteren Verhandlungen über die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruchs im Buchdruckgewerbe haben noch kein Ergebnis erzielt.

Zu den Vätertmessungen, daß bereits ungefähr 15 Unternehmer die Forderung auf eine Lohnerhöhung von zehn Mark in der Woche ab 1. April d. J. bewilligt haben, erklärt uns der Verein Berliner Buchdruckereibesitzer e. V., daß nach seinen Informationen diese Nachricht ebenso unrichtig ist, wie die Mitteilung, daß andere Großdruckereien Berlins versucht hätten, durch Sonderangebote die Kündigung abzuwehren, was aber mißglückt sei.

Der Verein Berliner Buchdruckereibesitzer scheint nicht genau informiert zu sein. Die Tatsache, daß eine ganze Reihe von Firmen bereit ist, die Lohnforderung zu bewilligen, ist ihm begreiflicherweise auch nicht gerade angenehm. Bildet sie doch mit einem Beweis dafür, daß die Unternehmer sehr wohl Zulagen machen können, die wesentlich über den Schiedsspruch hinausgehen, so daß es ein blankes Unrecht gegen die Buchdruckergehilfen wäre, wenn dieser Schiedsspruch für verbindlich erklärt würde.

Der Reichsarbeitsminister dürfte sich darüber klar sein, daß eine Verbindlichkeitsklärung im gegenwärtigen Augenblick wie ein Delug ins Feuer wirken würde. Den Prinzipalen darf vom Ministerium nicht die Verantwortung abgenommen werden. Die Entwicklung des Lohnkonflikts gibt dem Reichsarbeitsminister eine gute Gelegenheit, jetzt einmal praktisch zu zeigen, daß es ihm mit seinem Versprechen, Verbindlichkeitsklärungen nur sehr sparsam vorzunehmen, Ernst ist. Wie die Dinge im Augenblick liegen, ist es das Beste, wenn der Reichsarbeitsminister dafür sorgt, daß sich die Parteien von neuem an den Verhandlungstisch bemühen.

Die Kündigungen des Arbeitsverhältnisses sind am Freitag im ganzen Reich vorgenommen worden. In Leipzig haben die Buchdrucker in einer Massenversammlung zur Situation Stellung genommen. Die Maßnahmen der Organisationsleitung wurden voll und ganz gebilligt.

Zum Reichsbahnschiedsspruch.

Was wird aus dem Schiedsspruch zur Befestigung des Lohnkonflikts bei der Reichsbahn? Diese Frage geht nicht nur die unmittelbar beteiligten Eisenbahnarbeiter, sondern die gesamte Öffentlichkeit etwas an. Soll der Schiedsspruch für verbindlich erklärt werden? Unmöglich!

Die Arbeiterorganisationen haben am Freitag in einer besonderen Aussprache mit dem Reichsarbeitsminister nochmals mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß der Schiedsspruch für die Eisenbahnarbeiter ein unerträgliches Ding ist. Arbeiter mit 3 oder 2 Pfennig Lohnerhöhung für die Dauer eines Jahres zu binden — das ist Herausforderung und Aufreizung, aber keine Lösung eines Lohnkonflikts.

Das Reichsarbeitsministerium muß deshalb, koste es, was es wolle, alle nur denkbaren Mittel benutzen, um eine Lösung des Konflikts herbeizuführen, die wenigstens einigermaßen sozial erträglich ist. Vielleicht kann der Schiedsspruch wenigstens für die schlecht bezahlten Arbeiter abgeändert werden. Am besten wäre es, wenn ein neues Verfahren eingeleitet würde. Jedenfalls darf der Schiedsspruch, so, wie er zurzeit aussieht, nicht für verbindlich erklärt werden; denn von dem Schiedsspruch hängt ja nicht allein die Lohngestaltung der 400 000 Eisenbahnarbeiter, sondern im Grunde genommen auch die Lohnregelung für die Postarbeiter (rund 80 000), für die Staatsarbeiter (etwa 40 000 bis 50 000) und für einen großen Teil von Arbeitergruppen der Privatindustrie ab. Der Lohn für weit über eine halbe Million Arbeiter ist mit dem Eisenbahnerschiedsspruch aufs engste verknüpft. Schon dieser Hinweis beleuchtet den Ernst der Situation.

Die bis zum Beginn der Schlussverhandlungen — sie sollen am

28. März vor sich gehen — noch verbleibende Frist muß von den verantwortlichen Stellen genutzt werden. Kann das Reichsarbeitsministerium richtig zusehen, wenn weit über eine halbe Million Arbeiter bei einer Lohnerhöhung von einigen Bettelpfennigen mit Groß und Verbitterung im Herzen zur Arbeit gehen müssen?

Der Streik bei den Isolatorenwerken Pankow

Verhandlungen mit dem VBRM am Mittwoch sind ergebnislos verlaufen. Die Firma Vereinigte Isolatorenwerke Berlin-Pankow beharrt auf ihrem Standpunkt: Befestigung der Wäsche und keine Lohnerhöhung irgendwelcher Art. Eine Streikverklemmung am Donnerstag, in der Krüger vom Fabrikarbeiterverband berichte, nahm das Verhalten der Firma zur Kenntnis und beschloß gegen vier Stimmen, den Streik weiter zu führen.

Die Firma versucht jetzt, ihre Werkzeuge (Pressformen) in anderen Betrieben machen zu lassen, um mit eventuellen Streikbrechern die Arbeit aufzunehmen. Werkzeugmacher, denen solche Arbeit angeboten wird, haben sie als Streikarbeit abzulehnen und dem Deutschen Metallarbeiterverband Mitteilung zu machen. Die Firma bleibt für Fabrikarbeiter, Reparaturschlosser und Werkzeugmacher gesperrt.

Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Achtung, Buchbinder in Buchdruckereien!

Durch die Kündigungen der Buchdruckereipersonale veranlaßt, ist in einer Anzahl Buchdruckereien das Buchbinderpersonal gekündigt. Wir weisen deshalb unsere Mitglieder an, form- und fristgerecht bei der gesetzlichen Betriebsvertretung Einspruch gegen diese Maßnahmen einzulegen.

Es wird ferner darauf aufmerksam gemacht, daß mit sofortiger Wirkung alle Ueberstunden auch bei Terminarbeiten abzulehnen sind. Weitere Beschlüsse werden in der Funktionärerversammlung am Mittwoch, dem 28. März, im „Alexandiner“ gefaßt.

Verband der Buchbinder. Die Ortsverwaltung.

Tariffstreit im Fuhrgewerbe.

Der für das Schwer- und Leichtfuhrerwerksgewerbe zwischen der Fuhrerrentenunion zu Berlin und dem Deutschen Verkehrsbund bestehende Mantel- und Lohntarif ist zum 31. März 1928 gekündigt worden. Die Arbeiter fordern eine Erhöhung der Löhne um 15 Proz. und geringe Verbesserungen der Manteltarifbestimmungen. In den Verhandlungen lehnte der Vorstand der Union rundweg jede Erhöhung der Lohnsätze wie auch irgendwelche Verbesserungen der Manteltarifbestimmungen ab. Damit nicht genug, verlangen die Unternehmer sogar einen Abbau der sozialen Bestimmungen des Manteltarifes. Der Anspruch auf Weiterzahlung des Lohnes für zwei Wochen soll fortfallen.

Außerdem wollen die Fuhrerrenten für Fabrik- und Wörtelkutscher eine besondere Lohngruppe mit niedrigeren Löhnen schaffen. Für die Arbeiter des Leichtfuhrerwerksgewerbes soll ein besonderes Lohnabkommen getroffen werden, um die Löhne abzubauen. Die Herren wollen auch Bestimmungen in den Vertrag mit aufnehmen, die einen Verzicht auf Nachzahlung von Ueberstunden und tariflicher Entlohnung bedeuten. Dieses Ansuchen würde einer Aufhebung der in der Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dezember 1918 verantworteten Unabhängigkeit der Tarifbestimmungen gleichkommen.

Da eine Verständigung in direkten Verhandlungen nicht zu erzielen ist, ist zunächst der Schlichtungsausschuß angerufen worden.

Lohnbewegung in der chemischen Industrie.

Verhandlungen für Baden und die Rheinpfalz abgelehnt.

Der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie, Sektion VI, Mannheim, hat Verhandlungen abgelehnt mit der Begründung, daß eine derartige Forderung nicht eingetretten sei, noch die Lage der Wirtschaft eine Forderung und noch dazu eine in dieser nicht zu vertretenden Höhe rechtfertige. (Die Gewerkschaften haben eine Lohnerhöhung von 20 Proz. gefordert.) Jede Lohnerhöhung

würde wieder ein Anziehen der Preise zur Folge haben und somit eine Steigerung des Reallohnes der Arbeiter verhindern, die Währung gefährden und auf die Dauer jede Exportmöglichkeit abkneipen.

Die Schiedssprüche in der Feinkeramik.

Die Arbeiter gegen eine Verbindlichkeitsklärung.

Im Tariffstreit der feinkeramischen Industrie, bei dem 65 000 Arbeiter in Frage kommen haben die Unternehmer die für den Reichsmanteltarif sowie für das Lohn- und Ueberzeitabkommen gefällten Schiedssprüche angenommen und Verbindlichkeitsklärung beantragt. Die Arbeiterorganisationen nahmen nur den Schiedsspruch zum Reichsmanteltarifvertrag an, dagegen lehnten sie die Schiedssprüche zum Lohn- und Ueberzeitabkommen ab. Die Arbeiterchaft der feinkeramischen Industrie hat bereits in einer ganzen Reihe von Orten scharf gegen eine Verbindlichkeitsklärung der Schiedssprüche Stellung genommen und erneut freie Verhandlungen gefordert.

Der Lohnschiedsspruch hat ob der geringen Lohnverbesserung — 5 bis 10 Proz. — und der langen Waidauer — 13 Monate — unter der Arbeiterchaft große Empörung hervorgerufen. Der Schiedsspruch über die Arbeitszeit bringt Erweiterung der Ueberstunden und für die ersten drei Ueberstunden nur einen Zuschlag von 15 Proz. Die feinkeramische Industrie hat sich im vergangenen Jahr gut entwickelt und bietet den Unternehmern auch für die Zukunft recht günstige Gewinnchancen, zu denen die Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse in scharfem Kontrast stehen. Unter diesen Umständen rechnen die keramischen Arbeiter fest damit, daß der Reichsarbeitsminister dem Antrag auf Verbindlichkeitsklärung der Schiedssprüche nicht entgegenkommt.

Metallarbeiterausperrung in Bayern.

München, 23. März.

Die im Sozialministerium geführten Verhandlungen zwischen Unternehmer- und Arbeitervertretern der bayerischen Metallindustrie außerhalb Münchens sind ergebnislos verlaufen. Die angekündigten Kampfmaßnahmen treten nun in Kraft. Bisher sind rund 2000 Arbeiter in verschiedenen Orten Bayerns in den Zustand getreten. Die Unternehmer drohen, Ende März insgesamt 20 000 bis 25 000 Metallarbeiter auszusperrn.

Verhandlungen in der sächsischen Metallindustrie.

Die Manteltarifverhandlungen in der sächsischen Metallindustrie kommen nicht vom Fleck, da die Unternehmer jeden Verbesserungsantrag hartnäckig bekämpfen und in wichtigen Punkten sogar wesentliche Verbesserungen fordern. Obwohl die Schlichterkammer bereits drei Tage bis in die Nachtstunden verhandelt, konnte das Verfahren noch nicht zum Abschluß gebracht werden.

Schiedsspruch in der Textilindustrie Nordbayerns.

Nürnberg, 23. März.

Im Tariffstreit in der Arbeitsgemeinschaft der nordbayerischen Textilindustrie wurde ein Schiedsspruch gefaßt, der für die gesamte Arbeiterschaft eine Erhöhung des seitherigen Spitzenlohnes von 56 Pfennig auf 61 Pfennig vorsieht. Die übrigen Löhne sollen im gleichen Ausmaß erhöht werden.

Die Reaktion in England.

Siebenstundenschicht für Bergarbeiter abgelehnt.

London, 23. März.

In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde der Antrag der Arbeiterpartei auf Verkürzung der Arbeitszeit in den Bergwerken auf sieben Stunden täglich mit 154 gegen 127 Stimmen abgelehnt.

In der Debatte machten die Mitglieder der Arbeiterpartei geltend, daß der Achtstundentag in den Gruben zu einem namenlosen Elend, Leiden und Chaos führe. In vielen Fällen mühten die Bergleute zehn Stunden zu arbeiten.

Auch Lloyd George erklärte, die Lage des Bergbaues habe sich seit Wiedereinführung des Achtstundentages sehr verbessert. Ein Regierungsvertreter wies demgegenüber darauf hin, daß die Verlängerung der Arbeitszeit den Kohlenpreis um dreißig Pence pro Tonne verbilligt und die Stilllegung mehrerer Gruben verhindert habe. Auch habe sie England die Möglichkeit gegeben, mit dem Ausland, wo es seine frühere Stellung noch nicht wiedererlangt habe, in Konkurrenz zu treten.

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin. Am Sonntag, 25. März, 11 Uhr, veranstaltet die Freie Gewerkschaftsjugend im Rectorspalast, Berlin-Neukölln, Germaniastr. 24, ihre Jahreshauptversammlung. Die Teilnehmer sind von allen freigewerkschaftlichen Jugendorganisationen, in den Schichten und Ortsvereinigungen der Verbände, in den durch Ausschuss freiwillig gewählten Ausschüssen der Verbände, in den Jugendgruppen und in der freigewerkschaftlichen Jugendzentrale, Engelstr. 24/25, 1. Et., Zimmer 7a, zu haben. — Freitag, Sonntagabend, 19½ Uhr, folgende Veranstaltungen: „Gewerkschaften: Gruppenarbeit“ Jugendheim Ernststr. 16. „Küchleinortrag: Der Post“ — Jugendklub (Süden) im Jugendheim Fortstr. 11. „Gewerkschaftliche Jugendarbeit — Gewerkschaftliche Jugendbewegung“.

Jugendgruppe des VBRM. Morgen, Sonntag, 26. März, veranstalten wir ein Spielturnier aller Bezirke der Jugendgruppe in Spandau. Treffpunkt für alle Teilnehmer 9 Uhr am Bahnhof Spandau-West. Vermittlungsstellen auf einem Sportplatz in Spandau, nachmittags bei gutem Wetter Wanderung in den Spandauer Stadtpark, bei schlechtem Wetter gefälliges Beisammensein im Spandauer Jugendheim, Lindenstr. 1.

Verantwortlich für Text: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Ringelblum; Gewerkschaftsbewegung: J. Sietzen; Revolution: R. A. Böcher; Volkes und Sozialismus: F. K. K. K.; Kulturelle: E. K. K. K.; Kulturelle in Berlin: Verlag: Fortwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 8, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung von Wiffen“.

Pfarrer Heumanns Heilmittel

steils auch vorrätig in den Niederlagen:

Lions-Apotheke
Berlin N 31, Anklamer Straße 39,
a. d. Ecke Brunnenstr. 5 Min. v. Rosenthaler Pl.

Adler-Apotheke
Berlin - Friedenan, Rheinstr. 16.

Friedrich-Wilhelm-Apotheke
Charlottenburg 2, Leibnizstraße 105.

Heesds-Apotheke
Berlin O, Gubener Straße 33.

Rosen-Apotheke Eldwalle-Berlin

Das Pfarrer-Heumann-Buch
(272 Seiten, 150 Abbildungen) erhält jeder
Leser umsonst und portofrei von

Ludwig Heumann & Co., Nürnberg M. 24.



Sahrt

DUNLOP

Reifen



Die Verkehrsentwicklung hat sich bekanntlich derart vollzogen, daß zuerst die großen Städte durch Bahnen verbunden wurden. Die von den Städten ausgehenden oder in ihnen mündenden Bahnlinien ergeben das Muster eines Sternes. Man kann das feststellen, wenn man große Bahnnotenpunkte wie Berlin, Leipzig, Breslau auf der Karte betrachtet. Die Folge dieser Entwicklung war, daß zwar die kleineren Städte, die von diesen Hauptlinien erfasst wurden, nun und zu den Großstädten Verbindungen bekamen, aber nicht untereinander. Es fehlte an Querverbindungen, die, um im Bilde zu bleiben, die einzelnen Strahlen des Sternes miteinander verbanden, so daß sich bei organischer Entwicklung schließlich ein Bild ergeben muß, das einem Spinnennetz ähnlich sieht.

Die erste Berliner Querverbindung.

Die Entwicklung aus Berlin heraus in Form eines Sterns ist unverkennbar. Nach allen Richtungen der Windrose fliehen die Bahnlinien in die Weite. Aber auch über eine an sich muster-gültige Querverbindung verfügt Berlin seit Jahrzehnten. Das ist die Ringbahn der ehemaligen Staats- und heutigen Reichsbahn, die einmal alle Eisenbahn-Vorort- und Fernlinien miteinander verbindet und zum andern auch den einzelnen ehemaligen Vororten die notwendige Verbindung schafft. Weihensee, Lichtenberg, Stralau, Treptow und Neukölln haben auch heute noch keine bessere direkte Verbindung als durch die Ringbahn. Viel später kam dann eine moderne Querverbindung in der Innenstadt durch die Hochbahn Warschauer Brücke — Potsdamer Platz hinzu. Durch Elektrifizierung der Stadt- und Ringbahnen und durch Ausbau der Straßenbahnen und Autobusse versucht man, die fehlenden Querverbindungen zu schaffen, die, wie die Ringbahn zeigt, einen Kreisverkehr darstellt. Noch trauriger aber sieht es mit diesen notwendigen Verbindungen dort aus, wo Berlin sein Ende hat. Ein zweiter Kreis von Querverbindungen müßte die Endpunkte der Vorortlinien der Reichsbahn erfassen. Während aber im Westen der Anfang dadurch gemacht ist, daß z. B. Kremmen, Rauen und Potsdam miteinander verbunden sind, sieht es im Osten und Norden noch sehr schlecht aus. Dranienburg kann nach Bernau nur über Berlin gelangen. Bernau, Alt-Landsberg, Werneuchen, Kallberge haben untereinander keine Eisenbahnverbindung; Trebbin, Jossen, Rittenwalde und Königsmusterhausen auch nicht. Nur die Brandenburgische Städtebahn verbindet im Westen die Städte Rathenow, Brandenburg, Belgig, Treuenbrietzen und Jüterbog miteinander. Die Industriebahn Tegel — Friedrichsfelde, eine Querverbindung, steht nicht für den Personenverkehr zur Verfügung und die südliche Umgebungs-bahn, auch eine Querverbindung, wird und wird nicht fertig.

Kraftposten in der Mark.

Da ist es denn zu begrüßen, daß sich die von der Oberpost-direktion Potsdam betriebenen Kraftposten in der Mark angelegen sein lassen, die fehlenden Querverbindungen zu ergänzen. Innerhalb weniger Jahre hat die Kraftpost 87 Linien einrichten können. Von Potsdam ausgehend kann man hier wieder als erstes die stern-förmige Entwicklung feststellen. Aus Potsdam gehen zurzeit nicht

weniger als 12 Kraftpostlinien und zwar nach 1. Bornim, 2. Alt-Löplitz, 3. Redlich-Fahrland, 4. Caputh, 5. Bietow-Blindow, 6. Eiche-Golm, 7. Neuhabelsberg, 8. Langerwisch-Michendorf-Bildenbruch, 9. Rehbrücke-Soarmund, 10. Meierei, 11. Dremitz-Trebbin und 12. Langerwisch-Michendorf-Seddin-Beelitz-Luckenwalde. Man sieht, die Linien 11 und 12 stellen wichtige Querverbindungen des westlichen Potsdam mit dem südlichen Trebbin und Luckenwalde her. Von der Blütenstadt Werder führt ein Postauto nach Behnin und weiter nach Brandenburg, das wieder durch eine andere Linie mit Biesenburg verbunden ist, die Anschluß mit der Reichsbahn nach Dessau hat. Im Süden ist Baruth mit Jüterbog verbunden, und dadurch die Hallesche mit der Dresdener Bahn. Fürstenwalde ist mit Starok, Königsmusterhausen, Rittenwalde und Rangsdorf verbunden. Zwei großartige Querverbindungen sind im Nordosten geschaffen worden. Die eine verbindet Kall-berge, Alt-Landsberg, Strausberg, Freienwalde, Oberberg, Eberswalde, Zerpenschäufje, Liebenwalde, Zehdenitz, Gransee und Fürstenberg i. Neuenburg miteinander. Außerdem befindet sich in Gransee eine Abzweigung nach Blindow, Alt- und Neu-Ruppin. Hier oben fehlt nur ein kurzes Verbindungsstück, um eine andere Postautolinie über Rheins-berg und Wittstock in die Priegnitz zu treffen. Die zweite große Nordost-Querverbindung geht von Königsberg (Neumark) über Schwedt, Berraden, Passow (Stettiner Bahn), Prenzlau und Bolzenburg bis nach Templin.

Die wirtschaftliche Bedeutung aller dieser Verbindungen steht außer Frage. Außerdem aber haben sie auch einen sehr wertvollen touristischen Wert. Der Wanderer, der in seinem Urlaub die Mark kennenlernen will, kann jetzt endlich von den Hauptlinien der Bahn abweichen und sich in Gebiete begeben, die ihm sonst verschlossen bleiben. Die Post nimmt für den Fabrikometer zwar 10 Pf., ermäßigt diesen Preis aber auf großen Strecken bis auf nahezu 7 Pf., nimmt also für einen Postlerplatz nicht mehr als die Reichsbahn. Wenn diese Preise natürlich für die minderbemittelten Kreise, besonders für Jugendwanderer ziemlich hoch sind, so bietet die Ein-richtung der Posten an sich doch Gelegenheit, auch mal mit dem Auto eine Strecke von 6-12 Kilometern für 50 Pf. bis zu 1 M. zu über-springen, und das ist auch was wert. Hoffentlich gelingt es der Post, im Laufe der Jahre billige Touristen- und Ferienfahrten einzurichten. Und eine Rundfahrt durch die Mark Brandenburg mit guten An-schlüssen fällt auch nicht außer dem Bereich der Möglichkeit liegen. Je mehr Wanderer, Touristen und Heimatfreunde die Kraftposten be-nutzen, desto mehr werden sie sich ausbauen können.

Sonntags-Querverbindungen auf der Reichsbahn.

Aus den vorstehenden Ausführungen geht hervor, daß infolge des Fehlens vieler Bahnlinien die Reichsbahn die notwendigen Quer-verbindungen nicht herstellen kann. Es ist aber zu begrüßen daß sie sich bemüht, im Rahmen des möglichen den Wanderern und Wochen-endfahrern entgegenzukommen. Das neue Verzeichnis der Sonntags-rückfahrarten, das übrigens an allen Schaltern kostenlos zu haben ist, weist nicht nur eine Erweiterung der aufgegebenen Sonntagsarten auf (bedauerlicherweise aber noch immer nicht nach

den schönen altmärkischen Wanderzielen Stendal, Langermünde, Salzwehde, Garbelegen und Trend-see), sondern gestattet auch die Rückfahrt von einer ganz anderen Station als der, an der man die Hin-fahrt beendet hat. So kann man mit Karte nach Fürstenberg i. Neuenburg von Templin zurückfahren oder umgekehrt. Karten nach Strausberg berechtigen zur Rückfahrt von Tiesensee oder Leuenberg. Ebenfalls Verbindungen bestehen zwischen Niederfinow und Chorin, Oderberg und Angermünde, Zehdenitz und Gransee, Rheinsberg und Neu-ruppin, Friesack und Rathenow, Schönefeld und Baruth, Teupitz und Storkow. Hoffentlich wird diese Art von Sonntagskarten, die es dem Wanderer ermöglichen, die Querverbindung von einer Bahn-strecke zur anderen zu Fuß zurückzulegen, noch vermehrt. Einen be-sonderen Wunsch haben ferner die Wanderer noch: Daß man die Sonntagsarten für den ganzen Sonnabend oder aber zur Rückfahrt bis Montag nachmittag (nicht wie jetzt bis Montag früh 9 Uhr) gelten läßt. Am besten wäre es, wenn man die Sonntagsrückfahr-arten von Sonnabend früh bis Montag mittag gelten ließe. Dieses Entgegenkommen an die Wanderer und Wochenendfahrer muß an-gesichts des ungewöhnlich weitgehenden Entgegen-kommens, das die Reichsbahn dem Zugreiserverkehr erweist, sehr wohl möglich sein und sollte schnellstens erfolgen. Die Sonntagsfahrt ist leider für sehr viele die einzige Möglichkeit, ein-mal wegzukommen, da man eine Sommer- und Erholungsreise nicht bezahlen kann. Die Reichsbahn würde sich um die Erhaltung und Mehrung der Volksgesundheit und Volkskraft ein großes Verdienst erwerben, wenn sie die Sonntagsarten mehr und mehr ausbaute und ihre Gültigkeit erweiterte. Dabei nicht vergessen werden darf zu erwähnen, daß die Rückfahrt am Sonntag abend in den über-füllten Zügen so lange eine Plage und eine Qual ist, als es nicht möglich ist, zu diesen fahrplanmäßigen Zügen Vor- und Nach-züge gehen zu lassen.

Der Fall des Baurats Schulze.

Beschuldigungen gegen zwei Reichsbahndirektoren.

In der Bestechungsaffäre bei der Reichsbahn ist Oberbau-rat Schulze auch gestern ebenso wie der Vertreter der Kölner Firma Keifert u. Co., Glähler, bis in die Nachmittagsstunden hinein von der Staatsanwaltschaft und in der Hauptverwaltung der Reichs-bahn vernommen worden.

Da die Beziehungen Schulzes zu Keifert ziemlich klar liegen, ist man bemüht, jetzt festzustellen, ob und welche Beamte noch in die Affäre verwickelt sind. Wie verlautet, sind Beschuldi-gungen gegen zwei Reichsbahndirektoren und Beamte der Be-schaffungsabteilung erhoben worden. Ramentlich die Reichs-bahnverwaltung war gestern bemüht, von Schulze zu er-fahren, ob er, Mitthelfer gehabt habe. Entgegen den Be-hauptungen der Firma Keifert ergibt sich nämlich, daß die Bestel-lungen, die diese Firma erhalten hat, mindestens über den üblichen Rahmen hinausgegangen sind. Der Beschaffungsabteilung hätte immerhin die Bevoorzugung des Kölner Unternehmens auffallen müssen.

So erstreckt sich die Untersuchung darauf, ob auch hier straf-bare Verfehlungen vorgekommen sind oder ob lediglich eine mangelnde Kontrolle geherrscht hat.

Großstadtkinder auf Land!

Der Verein Landaufenthalt für Stadtkinder, der im Jahre 1917 unter dem Druck der durch den Krieg hervor-gerufenen Ernährungsschwierigkeiten gegründet wurde und seine Arbeit nach dem Kriege fortsetzte, hat über seine ersten zehn Jahre eine Denkschrift herausgegeben. Sie ist dem preu-ßischen Wirtschaftsminister Hirtzfelder als dem Förderer des Vereins gewidmet und wurde ihm am Freitag bei einem im Wohl-fahrtsministerium veranstalteten Nachmittagee vom Vereinsvor-stand überreicht. In den zehn Jahren sind im Deutschen Reich nahezu vier Millionen Kinder zu ihrer Erholung oder

Menschen, Göttern gleich...

Roman von Herbert George Wells.

Sollte er die Türen, die er geöffnet hatte, schließen? Nein! Alle offen lassen.

Er hörte ein Getrappel die Stiege von der Zitabelle hin-unterkommen. Leise und schnell rannte er die Stufen hin-unter und hielt eine Sekunde lang an der Ecke des Treppen-absatzes. Er war genötigt, stehen zu bleiben und auf die Bewegungen seiner Verfolger zu lauschen. „Dies ist die Tür zur Brücke, herr.“ hörte er Ribles rufen, und dann vernahm er, wie Catskill sagte: „Der Tarpeische Felsen!“ Und Bar-talanga: „Ganz recht! Warum sollten wir eine Patrone ver-schwenden? Sind Sie sicher, Ribles, daß es hier zur Brücke geht?“

Die Schritte trappelten quer durch das Schlafzimmer und vorbei — eine der anderen Treppen hinunter. „Ein Aufschub!“ wisperte Barnstaple. Dann hielt er entsezt inne. Er war in der Falle! Die Treppe, auf der sie sich befanden, führte zur Brücke.

Sie würden bis zur Brücke hinuntergehen und, sobald sie sie erreicht hätten, würden sie sehen, daß er weder auf ihr, noch auf den Stufen der gegenüberliegenden Seite der Schlucht war, und daß er also wahrscheinlich nicht entflohen sein konnte. Sie würden sicherlich diesen Weg versperrten, indem sie entweder eine etwa vorhandene Tür verschließen oder verammeln würden; oder mangels einer solchen Sperre würden sie einen Wachtposten aufstellen und würden dann zurückkehren, um ihn mit Ruhe zu jagen.

Was hatte Catskill gesagt? Der Tarpeische Felsen? ... Entseztlich!

Sie durften ihn nicht lebend lassen. Er mußte in einem Winkel wie eine Ratte kämpfen und sie zwingen, ihn zu erschließen.

Er stieg weiter die Treppe hinunter, es wurde sehr dunkel und dann wieder lighter. Sie endete in einem ge-wöhnlichen Keller, der einstmals ein Geschützunterstand oder ein Munitionsmagazin gewesen sein mochte. Er war durch zwei unerglaste Fensteröffnungen, die in den Felsen ein-geweiht waren, halbwegs erhellt. Jetzt enthielt er ein Lager von Borräten. An der einen Seite stand eine Reihe von flaschenähnlichen Gefäßen, wie sie in Utopien zum Aufbe-wahren von Wein benützt wurden. An der anderen Seite

standen verschiedene Kisten und in Goldpapier eingepackte Würfel. Er hob eine der Glasflaschen am Halbe hoch. Sie würde eine wirkungsvolle Keule abgeben. Wie wäre es, wenn er aus den Kisten eine Art Barrikade quer vor dem Eingang erbaute, sich dahinter stellte und die Verfolger mit der Keule erschläge, wenn sie hereinkämen? Er würde das Glas mit dem Wein auf ihren Schädeln zertrümmern. ... Es würde einiger Zeit bedürfen, um die Barrikade zu bauen. ... Er wählte drei der größeren Flaschen und schleppte sie zum Eingang, wo sie für ihn gut erreichbar waren. Dann fiel ihm etwas ein, und er sah nach dem Fenster.

Er hörte eine Zeitlang nach der Tür, die zur Treppe führte. Rein Laut kam von oben. Er ging zum Fenster, legte sich in den tiefen Fensterauschnitt und schlängelte sich vorwärts, bis er nach oben und unten hinaussehen konnte. Die Felsklippen unten fielen glatt ab; er hätte etwa fünfzehn-hundert Fuß tief in den brausenden Strom hinunterspucken können. Der Felsen war hier aus fast vertikalen Schichten aufgebaut, die vorprangen und zurücktraten; ein großer Pfeiler verborg fast die ganze Brücke mit Ausnahme des jen-seitigen Endes, das etwa zwanzig bis dreißig Yards tiefer als die Öffnung, aus der Mr. Barnstaple hinausah, zu liegen schien. Mr. Catskill erschien auf dieser Brücke, sehr klein und entfernt, und betrachtete prüfend den steinigten Eisensweg jenseits der Brücke. Mr. Barnstaple zog hastig den Kopf zurück. Dann guckte er wieder sehr vorsichtig hin-aus. Mr. Catskill war nicht mehr zu sehen, er kam zurück.

An die Arbeit! Es war nicht viel Zeit!

In früheren Tagen, bevor der große Krieg das Reisen teuer und unbehquem gemacht hatte, hatte Mr. Barnstaple manche Kletterpartie in der Schweiz unternommen, auch in Cumberland und Wales hatte er einige Erfahrungen erwor-ben. Er betrachtete nun die unmittelbar anschließenden Felsen mit kluger Sachkundigkeit. Sie waren von fast hori-zontal gefügten Platten unterbrochen, die in der Hauptfache von kristallinen Adern durchzogen waren. Dieses Gestein, das er für Kalzit hielt, war viel schneller verwittert, als das Grundmaterial des Felsens und hatte eine Reihe unregelmäßiger horizontaler Furchen zurückgelassen. Wenn man Glück hatte, konnte es möglich sein, an der Felswand entlang, um den Pfeiler herum zur Brücke zu klettern.

Dann hatte er einen nach hoffnungsreicheren Gedanken. Er konnte leicht entlang der Felswand bis zur ersten Ritze kommen, sich dort decken und dort bleiben, bis die Erdlinge den Keller durchsucht hätten. Danach würde er wieder in den

Keller zurückziehen. Sogar wenn sie aus dem Fenster schauten, würden sie ihn nicht sehen, und falls er Finger-spuren hinterließen, würden sie wahrscheinlich daraus schließen, daß er entweder hinausgesprungen oder über den Felsen in die Schlucht hinabgefallen sei. Aber erstens würde es lange dauern, die Felswand zu überwinden. ... Und es würde ihn von seinen Waffen, den Flaschen, abschnelden. ...

Aber der Gedanke, sich in der Felsfurche zu verstecken, hatte sich in seinem Kopfe bereits fest eingenistet. Sehr vor-sichtig stieg er aus dem Fenster, fand einen Griff, gelangte mit den Füßen auf den Felsfims und begann sich zur Ritze hin entlangzuarbeiten.

Aber es gab unerwartete Schwierigkeiten, auf nahezu fünf Yards fehlten die Handgriffe — nichts. Er mußte sich flach anpressen und auf seine Füße vertrauen; einige Zeit ver-harrte er gang reglos in dieser Lage.

Etwas weiter weg war ein verwittertes Stück des ein-gebetteten Gesteins, das in sehr beunruhigender Weise unter ihm abbrach, aber zum Glück hatten seine Finger einen Griff und der andere Fuß stand fest. Die abgebrockelten Kristalle klirrten einen Augenblick die Felswand hinunter und gaben dann keinen weiteren Ton von sich; sie waren in die Leere gefallen. Einige Zeit war er gelähmt.

„Ich bin nicht in guter Form,“ flüsterte Barnstaple. „Ich bin nicht in guter Form.“

Er hing bewegungslos und betete. Mit einiger Ueber-windung nahm er die Kletterei wieder auf.

Er war gerade an der Ecke des Stützpunktes, als ein undeutlicher Lärm seine Augen zu dem Fenster, aus dem er getrocken war, hinlenkte. Das Gesicht Ribles kam lang und vorsichtig heraus, das Auge zwischen den weißen Binden rot und geschwollen.

5.

Zuerst sah er Mr. Barnstaple nicht. „Verflucht!“ sagte er, als er ihn sah, und zog hastig den Kopf zurück.

Nun erscholl der Klang von Stimmen, die Unverständ-liches sagten. Irgendein unbestimmter Instinkt hielt Mr. Barnstaple fest, obwohl er ganz leicht in der Felsfurche hätte Deckung finden können, ehe Mr. Catskill mit dem Re-volver in der Hand hinausschaute.

Einige Augenblicke starrten sie einander schweigend an. „Kommen Sie sofort zurück oder ich schieße,“ sagte Mr. Catskill wenig überzeugend.

„Schließen Sie!“ sagte Mr. Barnstaple nach einem Augen-blick Ueberlegung. (Fortsetzung folgt.)

zum Landaufenthalt vertrieben worden, zum Teil auch ins Ausland, besonders nach Oesterreich und nach der Schweiz. Im Jahre 1927 konnten rund 334 000 Kinder vertrieben werden, 53 000 in Einzelpflegestellen und 281 000 in Heime oder Kolonien. Aus Berlin wurden 1927 rund 61 000 Kinder vertrieben, 20 000 in Einzelpflegestellen, 41 000 in Heime oder Kolonien

Die Zusammengebrochenen. Eine klägliche Gläubigerversammlung.

In der Tragikomödie der Bombardhäuser folgt vorwärtsmäßig auf den ersten Akt der zweite. Die verschiedenen Konturreverursacher die Gläubigerversammlungen der Geprüften.

So fand gestern die erste Gläubigerversammlung im Konkursverfahren Mag. Schlemmings statt, dessen „Baren“, Bombard- und Lagerpfecherei G. m. b. H.“ in der Spandauer Straße als Nummer drei in der Folge der von uns gewissenhaft registrierten Bombardstandale zusammenbrach. Die Versammlung verlief grotesk. Fünfzig Gläubiger etwa, darunter vor allem auch Kapitalgläubiger, hatten sich versammelt. Aber schon bei Beginn der Sitzung beantragte der Konkursverwalter zur Fortführung des Verfahrens, daß die Gläubiger einen Vorbehalt ausbringen müßten. Sonst müßte das Verfahren wegen Mangels an Masse eingestellt werden. Nach langem Hin und Her wurden tatsächlich 18 000 M. Vorbehalt bewilligt, aber es gab Rabau wegen einer Gruppe von Gläubigern, die bereits einen Arrest von 30 000 M. auf die Masse ausgebracht haben. Zum Schluß beräumte man einen neuen Verkündungstermin auf den 18. April an. Die Forderungen der Gläubiger belaufen sich auf 1,6 Millionen, die Ausfichten sind äußerst gering. Es war eine trostlose Gläubigerversammlung.

Zum letzten Bombard- und Leihhausstandal Adolf Israelti, Friedrichstraße, wird mitgeteilt, daß der Konkursverwalter Dienstag und Donnerstag im Geschäft weilte, um Pfänder gegen Erstattung des Leihbetrages auszubehändigen. Israelti hat sich bis zu 96 Proz. Jahreszinsen versteigert. Sein Bevollmächtigter meint, daß die Firma nur deshalb zusammenbrach, weil die Gläubiger nach den Zusammenbrüchen ähnlicher Unternehmungen es mit der Angst bekommen haben und in einem Massenansturm ihre Einlagen zurückverlangten. Da war natürlich die Pleite eines Unternehmens unvermeidlich, das auf so unsolider Grundlage aufgebaut war. Bei Israelti sind die Passiven zehnmal so hoch als die Aktiven. Aber man hofft, die Passiven durch Ansetzungen und durch Einziehung von Außenständen zu verringern. Rosig sind die Ausfichten aber auch hier nicht.

In dem Ermittlungsverfahren gegen den Automobilhändler Wilhelm Hauke und 15 andere Personen, deren Automobilschiebungen größten Umfangs vorzuziehen werden, ist gestern die von der Staatsanwaltschaft beantragte Voruntersuchung beantragt worden. Unter den Beschuldigten, die mit ungedeckten Schecks die Schiedungen verübt haben sollen, befindet sich, wie wir meldeten, auch der Berliner Rechtsanwalt Alfred von Strang. Gegen ihn schweben mehrere weitere Strafverfahren wegen Betrugs und Urkundenfälschung. Eine neue Anzeige wegen Betrugs ist inzwischen von einer Hamburger Bank gegen Strang erstattet worden. Ein weiteres Strafverfahren gegen von Strang läuft wegen Zechprellerei im Hotel „Vier Jahreszeiten“ in Hamburg und kommt bereits im nächsten Monat zur Verhandlung. Rechtsanwalt von Strang ist der Adoptivsohn der Schwester seiner Mutter, die mit einem Gerichtsassessor a. D. Roben verheiratet war.

Der Lichterfelder Landfriedensprozeß. Fortsetzung der Zeugenvernehmung.

Die Zeugenaussagen in dem Lichterfelder Landfriedensprozeß brachten im allgemeinen bei der am Freitag fortgesetzten Vernehmung der an der Fahrt beteiligten gewesenen Kommunisten nur eine Wiederholung der allgemeinen Schilderung über die Vorgänge auf der Fahrt. Aus diesen Aussagen ist hervorzuhelien die Vernehmung des Nebenklägers Walther, von dem Hinkelmann auch behauptet hatte, daß er einen Revolver besessen und mitschleppend damit in Lichterfelde zusammen mit Demuth zuerst auf die Nationalsozialisten geschossen habe. Walther erklärte, daß er keinen Revolver besessen habe.

Als weiterer Zeuge wurde der Nebenkläger-Landtagsabgeordneter Paul Hoffmann vernommen, der bekundete, er habe, da er Böses ahnte, vor Trebbin angeordnet, die Fenster zu schließen und wegzutreten. Auf dem Bahnhof Trebbin sei gleich nach der Einfahrt mit einer Fahnenstange ein Fenster eingeschlagen worden, und es sei von beiden Seiten des Zuges auf die Abteile, in denen die Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes waren, ein Steinhagel eröffnet worden. Auch während der Fahrt und auf den Zwischenstationen gingen die Steinwürfe in den Wagen fort. Trotzdem hätten seine Leute vollkommen die Ruhe bewahrt. Er selbst habe in Lichterfelde mehrere Steine an den Kopf bekommen und spüre noch heute die Folgen davon. Seiner Aufforderung, auf der Fahrt die Waffen abzuliefern, hätten die Genossen Folge geleistet. Wenn er aber gewußt hätte, daß die Nationalsozialisten wie Barbaren vorgehen würden, und daß ihr Leben in Gefahr war, hätte er sich gehütet, zur Waffenbeseitigung aufzufordern. Der Zeuge beklagte sich dann noch über den mangelhaften Schutz der Polizei. Als er selbst aus dem Wagen heraustrat, und zwar auf Aufforderung der Polizeibeamten, sei er gleich mit den Worten: „Nolles Frontschwein“ begrüßt worden und habe einen Steinwurf bekommen. Die Polizei habe keinen Finger zu ihrem Schutze gerührt. Der Zeuge erkennt Schärer und zwei andere Angeklagte wieder und behauptet von ihnen, daß sie bei den Angriffen dazugeschwenkt seien. Ein Antrag des Rechtsanwalts Dr. Samier, den Nebenkläger Hinkelmann unter dem Verdacht des Meineids in Haft zu nehmen, wurde zurückgewiesen.

Der erschossene Geisteskranke.

Nach gestern ist es gelungen, die Person des Toten festzustellen, der, wie wir im Abendblatt ausführlich berichteten, in der Universitätsklinik erschossen wurde. Es ist ein 26 Jahre alter Kohlenträger Gerhard Reutmann, der bei seiner Mutter in der Orichenowstr. 14 wohnte. Reutmann war von einem nervösen Magenleiden befallen, das allmählich seine geistigen Kräfte angriff. Ein Bruder von ihm, der als Chauffeurarbeiter bei Neurruppin tätig ist, erhielt Donnerstag ein Telegramm, in dem Gerhard Reutmann mitteilte, er, der Bruder, möge sofort nach Berlin kommen, weil er tot sei. Bestürzt eilte er nach Berlin, traf aber seinen Bruder nicht mehr an und erfuhr aus einer Zeitung vom Mordfall in der Klinik. Im Leichenhause, wohin der Erschossene gebracht worden war, erkannte er in dem Toten seinen Bruder wieder.

Der Tag der Entscheidung.

Sonntag, den 25. März: Urwahl im Freidenker-Verband.

Unmittelbar vor der wichtigen Entscheidung, die die Berliner Urwahl am Sonntag im Verbande für Freidenkertum und Feuerbestattung e. V. bringen soll, verlohnt es sich, noch einen Blick auf den „Kulturkampf“ zu werfen, den die Kommunisten hierbei führen. Wäre es nicht für die Arbeiterbewegung ein so unendlich beschämendes Bild, das diese kommunistischen Kulturbringer bieten, man könnte über die Mäpchen, die sie hierbei zum besten geben, herzlich lachen. Viel Siegeszuversicht scheint bei ihnen allerdings nicht vorhanden zu sein. Mit großem Tamtam hatte die Opposition für Mittwochabend eine Reihe von Wahlversammlungen einberufen. In den Blücherfäulen waren aber trotz Kellame an den Litafahganda nur 27, in Worten: Siebenundzwanzig Personen erschienen. Vom Kulturkampf oder einer Schilderung, wie die Freidenker arbeiten sollen, war allerdings nichts zu hören. Man glaubte eher in eine Aktionärsversammlung geraten zu sein. Es war von Bilanzen die Rede, vom Rücklagenkonto und davon, wie man heute am besten zinstrogend Kapitalien anlegt. Man operierte mit unheimlichen phantastischen Zahlen. Nicht nur alle tatsächlichen Unterlagen, die im Verbande seit Jahren vorliegen, wurden übergegangen, sondern auch

die Tatsache, daß noch immer, wenn die Verbreiter falscher Nachrichten über die Finanzlage des Verbandes bisher zur Rechenschaft gezogen werden sollten, sie kläglich ihre Behauptungen jurisdgenommen haben.

Und darum haben sie auch in der letzten Zeit versucht, Angehörige der KPD. und des Rotfrontkämpferbundes zu Verbandsmitgliedern zu schicken, um unter der Vorpiegelung, es seien Kontrolleure vom Verbande, Mitgliedsbücher an sich zu reißen und damit den Mitgliedern die Unterlage für das Wahlrecht zu nehmen. Eine öffentliche Warnung der Verbandsleitung hat diesen Manövern ein Ende bereitet und einige gerichtliche Nachspiele werden folgen.

Diese demmungs- und gewissenlose Propaganda hat dann auch selbst im oppositionellen Lager zu tiefen Zermürnungen geführt. Anhänger der U.S.P. und der Syndikalisten haben sich im Rahmen dieser „vereinigten“ Opposition in stürmischen Auseinandersetzungen gegen die KPD. gewandt. Diese hat damit geantwortet, daß sie nur stubenreine Kommunisten als Kandidaten aufstellte und die anderen abfallen ließ.

Jetzt wenden sich diese betrogenen Mitglieder, die bisher auf der Seite der Opposition gestanden haben, wegen der Verletzung ihrer Rechte mit einem erbitterten Protest an die Verbandsleitung. Es ist wirklich ein klägliches Schauspiel, das hier geboten wird.

Daß sich diese Dinge so abspielen, ist gar kein Wunder, denn was wissen die Leute, die jetzt noch hinter der KPD. herlaufen, von den ethischen Gesichtspunkten, von denen heute eine proletarische Freidenkerbewegung getragen sein muß und von

einer kulturfördernden Betätigung in dieser Bewegung? Sie sind hier wie allerwärts Schrittmacher der Reaktion und darum muß diese Sorte Kulturkämpfer überwunden werden. Nur ein Beispiel dafür, mit was für Leuten man es zu tun hat:

Der kommunistische „Klassenkampf“ in Halle ist einer der lautesten Rufer im Strelke gegen die, wie man sagt, „verräterische weil sozialdemokratische“ Leitung des Freidenkerverbandes. Jetzt ist nach einer Mitteilung der „Leipziger Volkszeitung“ vom 14. d. M.

einmündig festgestellt worden, daß ein Redakteur des kommunistischen Klassenkampfes als Soldat unter dem berühmten weißgardistischen General Maercker dessen Einmarsch in Mitteldeutschland gegen das Proletariat mitgemacht hat.

Dieser weißgardistisch-kommunistische Redakteur wirkt geradezu symbolisch für die Taktik der heutigen KPD. Erst aktiv mit Maschinengewehren gegen das Proletariat und dann als Angestellter der KPD. wiederum Zerstörungsarbeit, diesmal nur mit anderen Waffen, aber immer wieder zum Schaden des Proletariats. Und das will nun die Freidenkerbewegung revolutionieren.

Genossen, macht Euch nicht dadurch zum Mitschuldigen, daß Ihr passiv und gleichgültig diesem Ringen gegen die Verbandszerstörer zuseht. Wehrt Euch gegen dieses arbeiters feindliche Wüten und wählt am Sonntag die

„Liste Verbandsaufbau“.

Wie wird gewählt?

Achtet auf den Gruppenstempel!

Die Urwahl des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung findet am Sonntag, dem 25. März, in den durch Säulenanschlag und in der letzten Nummer des Vereinsorgans „Der Freidenker“ bekannt gemachten Wahllokale statt. Die Wahlzeit ist von 9-4 Uhr festgelegt. Jeder Freidenker, der wählen will, muß mit den Beiträgen auf dem laufenden sein und auf der Personalseite seines Mitgliedsbuches einen Gruppenstempel aufweisen können. Der Gruppenstempel wird von dem zuständigen Hauskassierer bescheinigt. Noch am Tage der Wahl kann sich jeder Freidenker diesen Gruppenstempel besorgen; im Wahllokal kann er während der ganzen Wahlzeit die Adresse seines zuständigen Hauskassierers erfahren. Die Wahllokale der Freidenkerurwahl werden noch besonders bekannt gegeben durch Handzettel, die jedem Freidenker zugestellt werden. Die Wahl ist geheim; für die Wahl werden Stimmzettel ausgegeben, die in der Mitte durchzutrennen sind. Es darf nur ein Stimmzettel abgegeben werden, selbstverständlich wählt jeder Freidenker die Liste „Verbandsaufbau“.

Jugendweihen der Arbeiterschaft Groß-Berlins.

Morgen, Sonntag, 25. März:

Großes Schauspielhaus, Karlstr., vorm. 9 Uhr.
Charlottenburg, vorm. 11 Uhr, im Schiller-Theater.

Sonntag, 1. April:

Großes Schauspielhaus, Karlstr., vorm. 9 und 11½ Uhr.
Pankow, vorm. 11 Uhr, in den Livoli-Vielspielen, Pankow, Berliner Straße 27.

Programm: Chorgeänge, Musik, Rezitationen, Festspiele, Sprechchor, Weiserreden; Arthur Crispian, R. d. K.; Erich Ollenhauer, Stadtordeener Dr. Lohmann.

Keils System wertlos.

Urteilsverfändung heute nachmittag.

In dem Betrugsprozeß gegen Arthur Keil wurde Freitag die Beweisaufnahme geschlossen, nachdem vorher nochmals die Sachverständigen ein Endgutachten über das „toisichere Tip-System“ abgegeben hatten. Kriminaloberinspektor v. Mantuffel und Notar Dr. Reinschagen kamen auch jetzt zu dem Ergebnis, daß dieses System wertlos sei und daß es bei den Staffelnketten Keils unmöglich sein würde, die notwendigen riesenhaften Beträge für die einzelnen Betten bei Berliner Buchmachern unterzubringen. Nach Schluß der Beweisaufnahme erhielt Staatsanwalt Messerschmidt das Wort zur Begründung der Anklage. Er hielt Keil des Betruges für überführt. Da Keil bereits mehrfach mit schweren Zuchthausstrafen wegen derselben Verbrechen verurteilt worden sei, liege Rückfallbetrug vor, so daß nur Zuchthausstrafe in Frage komme. Die Betrugsverhandlungen zerfielen in vier Gruppen und bilden in sich abgeschlossene fortgesetzte Vergehen. Er beantragte gegen Arthur Keil wegen fortgesetzten Betruges unter Verlesung mildernder Umstände 3 Jahre 9 Monate Zuchthaus, 2000 Mark Geldstrafe und 5 Jahre Ehrverlust. Nach den Plädoyers der Rechtsanwälte Dr. Herbert Fuchs und Arthur Schulz setzte Amtsgerichtsrat Burkert die Urteilsverfändung auf Sonnabend nachmittag um 4 Uhr fest.

Kein ausländisches Warenhaus in Berlin.

Der Kaufvertrag zwischen der Stadt Berlin und der Kanada-Landkompagnie über die Grundstücke Belleouefstraße am Potsdamer Platz ist nunmehr von den beiderseitigen Vertretern unterzeichnet und damit perfekt geworden. Nach diesem Vertrag ist die Galerie Lafayette Paris und jedes andere ausländische Warenhaus auf den Grundstücken Belleouefstraße 1 und 2 ausgeschlossen. Die Kanada-Landkompagnie verpflichtet sich, in diesem Vertrag unter der Garantie des Bankhauses Schlesinger, Trier-Berlin, bei einer Konventionstraße von einer Million Mark innerhalb der nächsten 30 Jahre auf den genannten Grundstücken kein ausländisches Warenhaus zu errichten bzw. an ausländische Firmen zu verpachten. Die Pläne für einen großen Neubau sind bereits in Vorbereitung.

Die Ordner der proletarischen Feierstunde treffen sich am kommenden Sonntag (25. März) zur Jugendweihen im Großen Schauspielhaus 18 Uhr vormittags Bühneneingang Schiffbauerdamm.

Die Beisehung der Opfer.

Heute werden die Lauchhammer Toten beerdigt.

Wie uns aus Mückenbergr gemeldet wird, werden heute um 18 Uhr die Toten der Katastrophe auf der Friedländer Grube zur letzten Ruhe bestattet werden.

Die Unglücksstelle auf der Friedländer Grube wurde von Vertretern verschiedener Behörden besucht, u. a. auch von dem Regierungspräsidenten in Frankfurt a. d. O. und dem Landrat des Kreises Ludau. Die Toten werden auf Kosten des Lauchhammerwerkes auf ihren Heimatsfriedhöfen bestattet. Das Werk Lauchhammer hat auch die Ueberführung der aus Hamburg und Brunsbüttelkoog stammenden beiden Toten übernommen. Bei der Betriebsleitung laufen ständig Beiseidstundgebungen ein.

65 jähriges Arbeitsjubiläum.

Der preussische Ministerpräsident Braun hat dem Maurer August Fehner in Heiligenloh, Kreis Saale, anlässlich seines 65jährigen Arbeitsjubiläums ein Glückwunschschreiben und ein Ehrengeld überreichen lassen.

Das Laminenglück am Sonnblick. Wie aus Kauris gemeldet wird, mußten wegen Laminengefahr die Arbeiten zur Bergung der drei noch nicht ausgehenden Opfer des Unglücks am Sonnblick ausgesetzt werden. Die Rettungsmannschaften wurden zurückgezogen. Die Leichen der zehn bisher geborgenen Opfer des Laminenglücks werden von der Gemeinde Wien wahrscheinlich in einem gemeinsamen Grabe beigesetzt werden.

Jugendweihen Neuföh. Die Jugendweihen findet morgen, Sonntag, 25. März, vorm. 10½ Uhr, im großen Festaal der Neuen Welt, Halensbe, statt. Mitwirkende u. a.: Das Hops-Orke, die A-capella-Bereinigung des Berliner Volkshors unter Leitung von Dr. Ernst Jander. Eintrittskarten zum Preise von 75 Pf. für Erwachsene und 50 Pf. für Kinder einschließlich Garderobe und Programm sind an der Kasse zu haben.

Sorge



für des Mundes Wohl!

Nimm zur Pflege

uns Dol!

Generalversammlung der Arbeiterwohlfahrt. Sozialdemokratische Fürsorgetätigkeit.

In der letzten Woche fand in Haverlands Festhallen die sehr gut besuchte Generalversammlung des Bezirksausschusses für Arbeiterwohlfahrt statt.

Nachdem Genosse Künstler die Anwesenden begrüßt hatte, gab Genossin Morgenstern den Jahresbericht. Sie schilderte die Tätigkeit des Sekretariats, Art und Umfang der Sprechstundenberatung, die Organisation und Arbeit in den Kreisen und die Zusammenarbeit mit den befreundeten Organisationen und den Wohlfahrts- und Jugendämtern. Der Umfang der von den Parteimitgliedern geleisteten ehrenamtlichen Fürsorgearbeit, der in den proletarischen Bezirken gewaltig ist, wurde durch Zahlenmaterial veranschaulicht. Vorher der sehr beträchtlichen Mitarbeit der Arbeiterwohlfahrt in der allgemeinen Fürsorge und in der Jugendwohlfahrt ist das Interesse der Kreise auch an der Bekämpfung von Kinderarbeit und Kinderbettel, an der sozialen Gerichtshilfe, Befangenen- und Strafenlassenfürsorge und an einer guten Zusammenarbeit mit dem neuen Pflegsamt erheblich gestiegen. Die Mehrzahl der Kreise ist in den Bezirksarbeitsgemeinschaften der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege vertreten.

Nach einer Würdigung der übrigen Aufgabengebiete der Kreise wurde über das Ergebnis der Lotterie und über die Entwicklung der Kassenverhältnisse Aufschluß gegeben. Die Notwendigkeit intensiver Schulungsarbeit wurde begründet, Veranstaltungen von Vorträgen, Kursen, Arbeitsgemeinschaften und Besichtigungen aufgezählt. Eingehend wurden die Maßnahmen der Arbeiterwohlfahrt zur Erleichterung und Durchführung der Ausbildung begabter Kräfte aus der Arbeiterschaft für die sozialen Berufe (z. B. Kindergärtnerin, Hortnerin, Krankenpflegerin, Fürsorgerin) besprochen.

Kindergarten und Hort der Arbeiterwohlfahrt sind sehr stark belegt, ihre Leistungen in pädagogischer und pädagogischer Hinsicht verdienen Beachtung. Erholungsfürsorge wurde im Friedrich-Ebertheim in Länich und während des ganzen Jahres im eigenen Heim der Arbeiterwohlfahrt in Gohriß (Schwäbische Schweiz) durchgeführt. Die ausgezeichneten Kurserfolge in Gohriß wurden ausführlich geschildert.

In der Aussprache wurden verschiedene Organisations- und Finanzfragen, einzelne Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt wie Erholungsfürsorge, Hauspflege usw. lebhaft erörtert. Ein Antrag auf Erhebung eines vierteljährlichen Sonderbeitrages von 10 Pf. für die Arbeiterwohlfahrt wurde nach kurzer Aussprache abgelehnt. Genosse Stein erstattete den Bericht der Revisoren, deren Antrag auf Entlastungsverteilung einstimmig angenommen wurde.

Dann folgte die Diskussion über die Vorstandswahl. Die Abstimmung ergab, daß Genosse Franz Künstler und Genossin Rinna Lodenhausen zu Vorstehenden, Genosse Walter Friedländer zum Schriftführer, Genosse Alex Pagels zum Kassierer, die Genossinnen Emma Doeh, Dr. Käthe Frankenthal, Helene Schmitz, Hedwig Wachenheim, Genosse Stadtrat Sachow als Beisitzer gewählt wurden. Die bisherigen Revisoren, Genosse Stein und die Genossinnen Haß und Ter mann wurden wiedergewählt.

Der Pförtner als Brandstifter?

Wie wir berichteten entstand vorgestern kurz nach 20 Uhr im Dachstuhl des Vorderhauses Lindenstraße 112 Feuer. Als die Wehren an der Brandstätte eintrafen, war der Dachstuhl in seiner ganzen Ausdehnung bereits in Flammen.

Bei den Aufräumungsarbeiten, die bis gegen 2 Uhr nachts dauerten, ließen verschiedene Umstände den Verdacht aufkommen, daß Brandstiftung vorliege. Beamte der Kriminalpolizei erschienen daraufhin an der Brandstätte und nahmen

die Ermittlungen auf. Hausbewohner wollten gesehen haben, daß der Pförtner des Hauses kurze Zeit vor Entdeckung des Feuers auf dem Boden des Vorderhauses gewinkt hatte. Daraufhin wurde der Mann unter der Beschuldigung, das Feuer verursacht zu haben — ob mit Borstah oder durch Fahrlässigkeit, ist noch nicht ermittelt — verhaftet und dem Polizeipräsidium zugeführt.

Der Verhaftete bestrittet jede Schuld. Heute vormittag wird er nochmals einem eingehenden Verhör unterzogen werden.

Brände über Brände!

Neue Meldungen aus dem Reich.

Die Brandepidemie, über die wir seit Tagen berichteten, scheint kein Ende nehmen zu wollen.

So wird uns aus Wolgast berichtet: In der Forst zwischen Buddenhagen und Hohendorf entstand durch Funkenflug einer Lokomotive ein Brand, der in kurzer Zeit bei dem herrschenden Sturm achtzig Morgen Schonung vernichtete.

Als in Gleiwitz, Kreis Grimsen, in einer Scheune des Rittergutsbesizers Friedrichs Arbeiter mit der Kreisfuge Holz zerschneiden, zerbrach plötzlich der Isolator am Leitungsmast, die Drähte schlagen zusammen, und durch Kurzschlußfunken wurde die strohgedeckte Scheune sowie infolge des herrschenden Orkans der danebenliegende Werbestall und auch ein Schweinestall ein Raub der Flammen. Mit verdorrtem sind außer großen Futtermitteln und landwirtschaftlichen Maschinen 27 Stück Jungvieh und zwanzig Schweine. Die Pferde konnten gerettet werden.

Funkwinkel.

Margarete Weinberg kündigt an, daß sie über die Berlinerinnen im modernen Roman zu sprechen beabsichtigt. Es fehlt nur der moderne Roman. Beim besten Willen kann man kaum Alexis oder Fontane als moderne Romanziere ansprechen. Georg Herrmann, Walter von Hollander und Wolfgang Göh aber werden in einem Nebenjah schon untergebracht. Andere Schriftsteller fehlen gänzlich. Erste Voraussetzung für einen Rundfunkvortrag ist es, daß die Referentin auch das Thema einhält, und daß sie weiß, was sie sagen will. Das scheint aber bei Margarete Weinberg nicht der Fall zu sein. Eine läckenhafte Aufzählung ist noch kein Referat. Eine neue Form des Vortrags findet der Rundfunk in der Dialogform. „Auf dem Arbeitsgericht“, eine Schilderung über die Arbeitsmethoden, stellt sich als eine zwanglose Unterhaltung dar. Dadurch erhält der etwas trockene Stoff Leben und zieht weitere Kreise des Interesses als eine noch so tiefstimmige, wissenschaftlich fundierte Abhandlung. — Nun die Abendveranstaltung. Zuerst singt Billy Prager Chansons. Dann folgt die „Stunde der Lebenden“ mit moderner französischer Musik. Es ist hier schon oft betont worden, daß man sich eher von Ernstem auf Heiteres umzustellen vermag als umgekehrt. Also mühten die Chansons später kommen. Dann aber erscheint der Abend für die „Stunde der Lebenden“ nicht geeignet. Der Sonntagmittag war besser gewählt. Der Abend mühte für Konzerte oder andere Veranstaltungen reserviert bleiben, die sich an die Masse wenden. Die wenigsten Menschen haben nach der Tagesarbeit Lust und ruhige Nerven, um musikalische oder literarische Probleme zu lösen. Allerdings stellt diese Gedulde französische Musik keine schwierige Aufgabe an die Aufmerksamkeit. Vorbildlich klar, allgemeinverständlich und stark konzentriert ist die Einführung Analyse Adolf Weismanns. J. S.

Luftdrohnenverkehr — eine verfrühte Anregung.

Auf Einladung des früheren Reichsverkehrsministers Dr. Krohne, Präsidenten des Bundes deutscher Verkehrsvereine fand am Donnerstag eine Sitzung des Luftverkehrs-ausschusses des Bundes statt. Von dem Vorsitzenden des Ausschusses, Herrn Sommer, wurde die Frage des Luftdrohnenverkehrs zur Diskussion gestellt. Die Mehrzahl der Diskussionsredner betrachtete die dankenswerte Anregung als verfrüht, vor allem mit Rücksicht auf die damit unvermeidlich verbundene Aufbringung großer öffentlicher Mittel.

Verkehrsstreife aus Aluminiumbronze.

Als vor einigen Jahren die Polizei in Berlin den Verkehr zu regeln begann, gehörte zu den ersten Maßnahmen die Anlegung von weißen Strichen, die den Fußgängern den Weg bei Überquerung der Fahrdämme in den verkehrsreichen Straßen bezeichnen. Diese Striche wurden bisher mit weißer Farbe hergestellt, die sich nicht überall als praktisch erwiesen hat. So verschwanden sie vor allem da, wo sie quer zum Fahrzeugverkehr liefen, so daß sie hier häufig erneuert werden mußten, während sie sich in der Parallelrichtung zum Verkehr besser hielten. Jetzt wird an verschiedenen Punkten Berlins, wie z. B. am Knie in Charlottenburg, ein neuerer Anstrich mit Aluminiumbronze nach englischem Muster ausprobiert werden. Durch diese Versuche soll der zweckmäßigste Anstrich ermittelt werden.

Ein gräßlicher Lustmord in Gladbeck.

Wie uns aus Gladbeck gemeldet wird, wurde dort gestern früh vor der elterlichen Wohnung der 19jährige Abiturient Hellmut Daube, einziger Sohn eines Rektors, der von der Feier der bestandenen Prüfung heimkehrte, ermordet aufgefunden.

Die Leiche wies schwere Stichverletzungen auf. Da die Geschlechtssteife fehlten und von dem Täter mitgenommen worden sind, nimmt man an, daß der Täter abnorm veranlagt gewesen ist und der junge Mensch einem Lustmord zum Opfer fiel.

Bankier Kunert aus der Haft entlassen. Der Bankier Clemens Max Kunert wurde Freiagnachmittag um 1 Uhr aus der Untersuchungshaft entlassen, nachdem die Rechtsanwälte Dr. Sereni und Dr. Herbert Fuchs für ihn eine Kaution von 160 000 Mark hinterlegt hatten. Die Haftentlassung erfolgte im Einverständnis mit dem Ermittlungsrichter und dem Sonderbezerenenten der Staatsanwaltschaft, da nach Erledigung des Ermittlungsverfahrens eine Verdunkelungsgefahr nicht mehr für vorliegend erachtet wurde.

Sechs Personen bei einem Autounfall verbrannt. Ein ungewöhnliches Autounfall, bei dem fünf Kinder zwischen 7 und 14 Jahren und der Chauffeur getötet wurden, ist in Leaf (Mississippi) durch einen der häufigen Waldbrände verursacht worden. Eine riesige brennende Tanne brach gerade in dem Augenblick in sich zusammen, als das Auto passierte, und begrub den Wagen unter sich. Zwei Kinder sind mit schweren Brandwunden davongekommen.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachdr. nach). Heiter bis wolfig und trocken, am Tage mäßig warm, keine Nachtfröste, südliche Winde. — Für Deutschland: Im Südwesten der einzelt Regen, sonst keine Niederschläge.



Nun die Gegenprobe!

Versuchen Sie bitte einmal, jetzt wieder eine andere Marke zu rauchen. Sie werden den Unterschied erkennen und sicherlich zur OVERSTOLZ zurückkehren. Denn unsere HAUS-NEUERBURG-Kur hat Ihre Lunge an die Feinheit der ostmacedonischen Tabake gewöhnt und Sie mit dem Genuss einer wirklich edlen Zigarette bekannt gemacht. Zudem ist der Macedonen-Tabak auch viel bekömmlicher.

Sie finden ihn sonst nur in teuren Zigaretten, weil es bisher unmöglich schien, für 5 Pf. eine echte Macedonen-Mischung zu bieten. Durch die große Nachfrage nach OVERSTOLZ ist aber das Unmögliche geglückt; heute erhalten Sie für 5 Pf. mit der

OVERSTOLZ
eine echte Macedonen-Zigarette

Haus Neuerburg
O.H.G.

Märchenerzähler von der Ruhr.

Einige Fragen an die Harpener Bergbau A.-G. zu ihrem Jahresabschluss.

Die Harpener Bergbau A.-G., bekanntlich das schwerste reine Zechenunternehmen an der Ruhr, hat zur sehr großen Überraschung der Börse, nicht minder aber auch der übrigen Öffentlichkeit, ihre Dividende für das Jahr 1927 von 8 auf 6 Proz. herabgesetzt. Inzwischen ist ein vorläufiger Bericht über das vergangene Geschäftsjahr erschienen, dem schon die bürgerliche Presse im allgemeinen das Zeugnis ausgestellt hat, daß plausible Gründe für die Herabsetzung der Dividende aus ihm nicht zu ersehen sind. Man hat ja inzwischen gehört, daß der neue Aufsichtsratsmann der Harpener Bergbau A.-G., Herr Silberberg, der Meinung ist, daß die Abschreibungen im Bergbau nicht hoch genug seien. Wir glauben nun nicht, daß diese Meinung des Herrn Silberberg allein entscheidend gewesen ist für die Herabsetzung der Dividende; im übrigen werden ja auch größere Abschreibungen an der Höhe der tatsächlich erzielten Gewinne nichts ändern. Wir glauben vielmehr, daß die Harpener Bergbau A.-G. den Alarmruf von der sinkenden Rentabilität im Bergbau aus anderen Gründen abgefeuert und das grobe Geschäft vom unrentablen Bergbau für den Reichswirtschafts- oder Reichsarbeitsminister geladen hat, die ja demnächst zur Frage der Rentabilität im Bergbau bei eventuellen Kohlepreis- und Lohnerhöhungen wieder Stellung zu nehmen haben.

Harpen will folgendes Märchen glaubhaft machen:

Die Kohlenförderung ist von 7,94 auf 8,02 Millionen Tonnen gestiegen. Die Kohlerzeugung erhöhte sich gegenüber dem Vorjahre von 1,33 auf 1,59 Millionen Tonnen. Sehr groß sind die neuen Rationalisierungserfolge. Während 1926 nur 65,6 Proz. der Förderung maschinell gewonnen wurden, waren es 1927 80 Proz. Im Zusammenhang damit ist, obwohl die Förderung erhöht wurde, die Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten während des Jahres 1927 von 28.498 auf 25.584 Mann zurückgegangen. Was die Harpener Bergbau A.-G. in Wertpapieren angeht oder bei den Banken als Guthaben stehen hat, muß sehr beträchtlich gewachsen sein; denn nach der Gewinnrechnung sind die Einnahmen aus Zinsen und Wertpapieren gegenüber dem Vorjahre von 2,16 auf 3,14 Millionen, um über 50 Proz. gestiegen.

Demgegenüber aber soll die Öffentlichkeit glauben, daß der Roherttrag aus dem zugleich erweiterten und verbilligten Bergwerksgeschäft von 31,85 auf 25,53 Millionen zurückgegangen ist, daß der Gesamtüberschub von 38,77 auf 33,49, der Reingewinn (mit Vortrag) von 8,28 auf 6,54 Millionen gesunken sind und deshalb die Dividende von 8 auf 6 Proz. herabgesetzt werden mußte. Wir möchten uns demgegenüber doch einige Fragen an die Harpener Bergbau A.-G. erlauben, die sie vielleicht noch in ihrem endgültigen Geschäftsbericht beantworten kann.

Es wurde 1927 über folgende Neubauten und Erweiterungen berichtet:

Zentralkokerei für die Zechen Gneisenau, Preußen, Scharnhorst mit rund 140 Öfen, die die Leistungsfähigkeit in diesem Zechenkomplex verdoppelt hat.

Erweiterungsbauten bei den Zechen Gneisenau und Preußen II.

Ein neuer Schacht für Preußen II.

Zwei neue Schachtanlagen im Revier von Langendreer.

Eine neue Hafenanlage am Rhein-Herne-Kanal.

Eine neue Zentralkokerei im Werner Zechenkomplex Heinrich Gustav, für die eine zweieinhalbfache so große Quate verlangt wurde, als bei der Zentralkokerei Gneisenau.

Wir finden, daß das alles ist und müssen auf der anderen Seite feststellen, daß die Harpener Bergbau A.-G. nicht eine einzige Mark neues Kapital dazu gebraucht hat, daß bestenfalls einige Reserven aus dem Jahre 1926 herangezogen wurden und daß infolgedessen die gesamten Neubauten, deren Wert auf Dutzende von Millionen anzuschlagen ist, aus laufenden Ge-

winnen des Jahres 1927 bezahlt wurden, von denen in der Bilanz natürlich nichts zu merken ist.

Es wäre auch angenehm, wenn die Harpener Bergbau A.-G. mitteilen würde, wieviel stille Reserven sich im Jahre 1927 unter den Gläubigern der Bilanz befinden; im Jahre 1926 waren es nämlich von 18 Millionen Mark laufenden Schulden nicht weniger als 8 Millionen. Dann möchten wir wissen, wieviel Rückstellungen vor der Feststellung des Roherttrages aus dem Kohlegeschäft vorgenommen worden sind; denn kein Kind wird der Harpener Gesellschaft Glauben schenken, wenn die Erzeugung vermehrt wurde, die Maschinenverwendung um 20 Proz. zunahm, der Förderanteil pro Kopf wieder gewachsen ist und gleichzeitig die Zinselnahmen um 50 Proz. anwachsen, daß dann der Roherttrag aus dem Kohlegeschäft noch um 6,32 Millionen Mark gesunken sein soll.

Weiter möchten wir gerne wissen, wieviel Forderungen die Harpener Bergbau A.-G. beim Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikat hat, nachdem es 1926 rund 3 Millionen waren und wieviel Gewinnzuschläge in Verpflichtungen liegen, die in Natura abzuwickeln sind, wie beispielsweise im Jahre 1926 bei den Buderus-Werken.

Es wäre ferner interessant, zu erfahren, ob man die 1,29 Millionen, die für die erst am 1. Januar 1929 (!) fällige periodische Grunderwerbsteuer zurückgestellt sind, auch zu den Gewinnen rechnen darf oder nicht und endlich, ob es nicht einfach ein recht bequemes Taschenspielerstück ist, den Anlagenzuwachs gerade nur um soviel höher auszuweisen, als die Abschreibungen ausmachen.

Wenn diese Frage beantwortet werden kann der gedruckte Geschäftsbericht der Harpener Bergbau A.-G. für die Öffentlichkeit interessant werden. Aber wir haben noch einen besonderen Wunsch für diesen Bericht. Und der bezieht sich mit den von der Harpener Gesellschaft angegebenen

Gründen für den Rückgang der Rentabilität.

Einmal habe man bei den Erträgen eine scharfe Senkung im Kauf nehmen müssen, wobei ganz bescheiden, aber doch, die Erhöhung der Spendatsumme von 55 auf 138 Pfennig im Jahre 1927 genannt wird, und zum anderen seien die Kohlen selbstkosten um mindestens 10 Prozent gestiegen. Im Geschäftsbericht für 1926 haben wir nun folgende Entwicklung der Selbstkosten wiedergegeben gefunden:

	Selbstkosten je abfahrbare Tonne:			
	1913	1924	1925	1926
Löhne und Gehälter	6,55 R.	8,99 R.	8,91 R.	7,95 R.
Materialkosten	2,07 "	4,51 "	3,69 "	3,01 "
Allgem. u. s. Kosten	1,51 "	3,15 "	2,40 "	2,42 "
	10,13 R.	16,65 R.	15,— R.	13,38 R.

Diese Tabelle ist sehr interessant. Sie zeigt einmal, daß von 1924 bis 1926 die Selbstkosten je Tonne im ganzen sehr stark gesunken sind, sie zeigt ferner, daß der Lohnanteil beträchtlich zurückgegangen ist. Dasselbe gilt für die Materialkosten in einem noch stärkeren Ausmaß und nur die Verwaltungskosten sind gestiegen. Wir möchten nun eine recht genaue Ausführung darüber haben, weshalb im Jahre 1927, dem glänzendsten Konjunkturjahr der Steinkohle auch im Vergleich zur Vorkriegszeit, sich die Selbstkosten um 10 Proz. erhöht haben. Hoffentlich wird der kommende Geschäftsbericht obige interessante Statistik mit jener ausführlichen Begründung ergänzen, die schon im Interesse der Harpener Bergbau A.-G. selbst bei der von ihr behaupteten wirklich sehr auffälligen Selbstkostensteigerung erforderlich ist.

Hoffentlich wird dabei auch ein sorgfältiger Nachweis der Gesamterlöse aufgemacht einschließlich aller Nebenproduktenerlöse und mit Vergleichsziffern für frühere Jahre. Solange das nicht geschehen sein wird, hat die Harpener Bergbau A.-G. keinen Anspruch darauf, daß ihr die Öffentlichkeit die Behauptung von der im Jahre 1927 gesunkenen Rentabilität glaubt, und weder der Reichswirtschafts- noch der Reichsarbeitsminister dürfen sich von den Erklärungen der Harpener Gesellschaft beeindrucken lassen.

3. An Stelle der Lantienen und der Spesen für Aufsichtsratsmitglieder werden schöne Bücher verteilt. Der Vorstand der Werke wird beauftragt, zu diesem Zweck eine Novelle „Das Glück des ehrbaren Kaufmanns“ mit dem Motto: „Entbehren sollst du, sollst entbehren!“ zu schreiben.

4. Das auf diese Weise gesparte Geld soll für die Erhöhung der Bühne verwendet werden.

Die neue Preußentasse.

Zu den kommenden Landtagsverhandlungen.

Am Montag wird sich auch der Preussische Landtag mit dem Gesetz über die Umgestaltung der Preußentasse beschäftigen, nachdem der preussische Staatsrat sich vorgestern gutachtlich dazu geäußert hat. Bei der Aeußerung des preussischen Staatsrates berührte es merkwürdig, daß offenbar unter dem Einfluß der sogenannten Arbeitsgemeinschaften Forderungen der Genossenschaftsverbände Berücksichtigung gefunden haben, wenn auch in abgeschwächter Form, die nicht ohne Kritik hingenommen werden können. Die Zurückweisung dieser Forderungen ist um so wichtiger, als sich manche Kreise nicht klar darüber zu sein scheinen, daß die Forderungen sowohl mit den bestehenden Tatsachen als auch mit der von den Genossenschaftsverbänden und dem Staatsrat grundsätzlich gutgeheißenen Reform nicht zu vereinbaren sind.

Die Kapitalerhöhung ist eine unbedingte Notwendigkeit, und zwar ausschließlich im Interesse der Genossenschaften, wenn diese durch die auch von den Verbänden unumwunden zugegebene Illiquidität nicht in ihrem Bestande gefährdet werden sollen. Es ist deshalb ein gefährliches Spiel, von kurzfristiger Kreditbeschaffung statt von sofortiger Kapitalerhöhung zu sprechen, bloß weil die Folgen der Kapitalerhöhung bei der Stimmenverteilung den heutigen Führern der Verbände unangenehm ist. Eine stärkere Berücksichtigung der Genossenschaften bei der Leitung und Verwaltung der Preußentasse, als sie sich aus der Kapitalbeteiligung ergibt, würde nicht nur jede sachlich vernünftige Einflußregelung über den Hausen werden. Sie wäre einfach nicht zu begreifen angriffen der Tatsache, daß die Genossenschaften und ihre Verbände heute ausschließlich Schuldner sind, während sie früher die Geldgeber der Preußentasse waren. Das würde dazu führen, daß der Wille des Kunden bestimmt, wie der Geldgeber seine Geschäfte durch-

führt. Ebenso unmöglich ist es, daß der Vorsitz im Verwaltungsrat und in der Hauptversammlung nicht vom Präsidenten der Kasse, sondern von einer vom Verwaltungsrat zu wählenden Personlichkeit geführt wird. Diese Aenderung widerspricht nicht nur der bisherigen Übung, sie wäre auch unerträglich mit der Notwendigkeit, daß die Einheitslichkeit der Leitung bei einer öffentlichen Unternehmung gesichert bleiben muß. Wenn man es auch verstehen kann, daß den Genossenschaftsverbänden die Prüfung der Oberrechnungskammer angenehmer ist als eine in die sachlichen Einzelheiten eindringende Prüfung, so kann keine Rede davon sein, daß nach der gesetzlichen Reform der Preußentasse die Ersetzung der Oberrechnungskammer verfassungsändernd wäre.

Boraus es den Genossenschaftsverbänden in der Tat ankommt, ist keineswegs die sachliche Mitarbeit zur Erhöhung des Erfolges der Preußentasse. Das kam deutlich zum Ausdruck in den Ausführungen des Freiherrn v. Gagl, der nur die früher von den Genossenschaftsverbänden auf 85 Proz. bemessene qualifizierte Majorität auf 75 Proz. ermäßigte, im übrigen aber die nur politisch zu verkehrenden Forderungen der Genossenschaftsverbände restlos aufrechterhielt. Wie sich die Majoritätsverhältnisse gestalten werden, ist noch vollständig offen, da über die Beteiligungen des Reiches und der Länder noch nichts feststeht. Es ist auch gar nicht anders möglich, als daß über die Stimmenverteilung erst dann entschieden werden kann, wenn die Beteiligungen bekannt sind, und daß nicht die Schuldner, sondern nur die Kapitalgeber der neuen Preußentasse über den Abstimmungsmodus zu entscheiden haben werden.

Die Genossenschaftsverbände haben ihre Opposition gegen die Preußentasse so deutlich werden lassen, daß sie mit dem Austritt drohten. Man weiß wirklich nicht, was bei den gegenwärtigen Verhältnissen solche fast kindlich anmutenden Drohungen sollen. Um so bedauerlicher aber wäre es, wenn eine preussische Koalitionspartei durch solche Rückfichtnahme Kräfte stärken würde, die so wenig klaren Blick für unabwendbare Notwendigkeiten beweisen haben. Der Landwirtschaft wäre am wenigsten damit gedient!

Neue Rede von Dr. Schacht angekündigt.

Es wird gemeldet, daß der Reichsbankpräsident Dr. Schacht am 27. März auf einem Festbankett der Industrie und Handelskammer in Königsberg gelegentlich der Einweihung des neuen Reichsbankgebäudes eine Rede halten wird. Seit Bochum darf Deutschland begründete Furcht vor solchen Reden haben. Hoffentlich denkt auch der Herr Reichsbankpräsident daran.

Schwerverdiener Julius Berger

20 Prozent Dividende. — Fast verdreifachte Aufsichtsratslantienen. — Beschäftigung auf mehrere Jahre.

Das Berliner Tiefbauunternehmen Julius Berger war zwar immer ein Schwerverdiener, trotzdem ist der Gewinnabschluss von 1927 überraschend. Der Rohgewinn ist von 2,0 auf 3,3 Millionen, also um 65 Proz., gestiegen und trotz beträchtlicher Abschreibungen von 660.000 Mark, die übrigens bei Baunternehmen größtenteils als reine Reserven anzusehen sind, wird ein Reingewinn von 2 Millionen ausgemessen. Das ist mehr als das Doppelte gegenüber 1926.

Dabei sind die Lasten nur um ein Drittel gestiegen, ein neuer Beweis, welche Möglichkeiten die Rationalisierung auch in der Bauindustrie bietet. Während das Vorjahr 15 Proz. Dividende brachte, sind es 1927 20 Proz., und das noch auf ein um 2,5 auf 7,5 Millionen erhöhtes Kapital. Der ganze neue Reingewinn kommt also den Aktionären zugute, denen damit anderthalb Millionen Mark zuzuführen.

Noch besser schneiden die zwölf Herren vom Aufsichtsrat ab, deren Lantienen von 160.000 auf 436.000 Mark heraufgeschraubt werden. Allerdings, es wird auch für einen „gerechten sozialen Ausgleich“ geforgt, denn der Beamtenwohlfahrtsfonds für arbeitsunfähige alte Beamte hat im vergangenen Jahre einen Zugang von ganzen 5000 M. (!) und in diesem Jahre von 7000 M. (!) erhalten. Abgemilderteste Arbeitnehmer haben ja auch größere Summen nicht so nötig wie die überlasteten Aufsichtsräte, die in einem Duzend anderer derartiger Posten sich gleichfalls noch ihre Lantienen „verdienen“ müssen.

Übrigens scheint die Kapitalerhöhung als edle Kapitalvermehrung durchgeführt, um die Dividende nicht zu auffällig in die Höhe springen zu lassen. Die 5,5 Millionen aus der Kapitalerhöhung waren kaum als neues Kapital unbedingt nötig, denn die Gesellschaft hat ohnehin riesige freie Gelder. Während die gesamten Schulden nur 650.000 Mark betragen, werden allein 8,4 Millionen Mark Bankguthaben und noch über 2,0 Millionen Mark weitere Forderungen ausgemessen. Wenn auch der Bahnbau in der Türkei, dessen Ausführung Julius Berger im vorigen Frühjahr erhielt, erhebliche Mittel beanspruchen wird, so genügen zu diesen Finanzreserven schon verhältnismäßig geringe Kredite.

Die Gesellschaft hat außer dem 65-Millionen-Mark-Bahnbau in der Türkei noch eine Anzahl anderer großer Auslandsaufträge in Arbeit, ist auch am Bau der Berliner Untergrundbahn beteiligt und so für mehrere Jahre voll beschäftigt. Die Zahl der im In- und Ausland tätigen Arbeiter und Angestellten beträgt annähernd 4500 Mann.

Neue Pfandbriefanleihen. Die Preussische Landespfandbriefanstalt legt nach der Veröffentlichung im Anzeigenblatt vom 26. März bis 14. April 1928 3 Millionen 3proz. Goldmark-Kommunalobligationen zum Vorzugskurs von 96 1/2 Proz., 3 Millionen 3proz. Goldmark-Pfandbriefe zum Vorzugskurs von 97 1/2 Proz. und 2 Millionen 7proz. Goldmark-Pfandbriefe zum Vorzugskurs von 92 1/2 Proz. zur öffentlichen Zeichnung auf. Die 3proz. Goldmark-Pfandbriefe werden an der Berliner Börse bereits mit 98 1/2 Proz., die 7proz. Goldmark-Pfandbriefe mit 93 1/2 Prozent notiert, während die Notierung der Kommunalobligationen demnächst erfolgen soll. Zeichnungsschluss 14. April.

Die Preussische Central-Bodenkredit-Vereinsgesellschaft gibt bekannt, daß sie eine zweite Teilausschüttung aus der Hypotheken-Leihungsanleihe in Höhe von 8 Proz. des Nennwertes der Pfandbriefe alter Währung in 4 1/2proz. Goldpfandbriefen vom Jahre 1926 Ausgabe 2 vornehmen wird. Zum Zwecke der Erhebung sind lediglich die Ratenscheine Nr. 1 einzuliefern, welche i. Zt. bei der ersten Ausschüttung mit den Anteilsscheinen ausgegeben worden sind. Die Einreichung der Ratenscheine hat bei der Kasse der Gesellschaft in Berlin zu erfolgen, kann auch bei den sonst bekannten Zahlstellen und anderen Bankfirmen stattfinden. Näheres im Anzeigenblatt.

Eine 150-Millionen-Inlandsanleihe der Reichspost soll im April ausgesetzt werden. Der Zinssatz steht noch nicht fest, soll aber entsprechend der Reichsbahnleihe 7 Prozent betragen.

„Segnungen der Kultur.“

Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ hat neulich einen außerordentlich geistreichen Artikel über die gewerkschaftliche Forderung, daß die Arbeiter an den Segnungen der Kultur teilnehmen sollen, veröffentlicht. (Wie wir zuerzählig erfahren, erschien der Artikel nur aus Versehen vor dem 1. April.) Es wird in diesem Artikel sehr klar und überzeugend gesagt, daß die Gewerkschaften infolge ihrer geringen Bildung nicht einmal zwischen Kultur und Zivilisation unterscheiden können. Kultur ist etwas ganz Feines, „etwas Innerliches“, sie ist wunderschön und sehr billig. „Was die Gewerkschaften wirklich meinen, indem sie Kultur und Bühne aneinanderbinden wollen, ist gar nicht Kultur. Es ist nichts wie Zivilisation. Um wieviel ärmer aber ist Zivilisation als Kultur! Um sich in stillem Verlesen in die Bank einer Kirche zu setzen, dazu bedarf es feiner besonderen Mittel, und ein Buch in bescheidenem Gewande, aber mit um so köstlicherem Inhalt ist auch dem einfachen Mann erschwinglich.“ Der Artikel schließt mit einer erhabenen Strophe von Paul Heyse:

Höhe und Tiefe hat Lust und hat Leid,
Wirf ihn ab, den törichten Reid,
Anderer Gram bringt andere Wonne!
Tulde, gedulde dich fein,
Ueber ein Stündlein
Ist deine Kammer voll Sonne!

„Am Sinne dieser Verse leben und wirken, das heißt Kultur haben. Mächten unfremd armen verführten Volk Männer erstehen, die ihm den Weg zu wahrhafter Kultur wieder zeigen.“

Die deutsche Wirtschaft hat solche Männer. Wie wir hören, hat der Artikel des Schwerindustriellen Blattes in den industriellen Kreisen und besonders in den den Vereinigten Stahlwerken nahestehenden einen gewaltigen Eindruck gemacht. Um nicht bei den schönen Worten zu verbleiben, werden schon jetzt verschiedene Vorschläge in Erwägung gezogen, die sich ungefahr folgendermaßen zusammenfassen lassen:

1. Jede Sitzung des Vorstandes und Aufsichtsrates soll mit einem Gebet eröffnet und geschlossen werden.
2. Die Dividenden werden nicht mehr verteilt, sondern jeder Aktionär bekommt ein Gebetbuch mit reichhaltigem, der Höhe des Gewinns entsprechendem Inhalt.

Reudell nimmt nichts zurück!

Seine Antwort auf die Sozialdemokratische Anfrage — Innenpolitische Debatte im Reichstag.

Der Reichstag setzte gestern die zweite Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums fort.

Abg. Dr. Schreiber (Z.) nennt die große Aufgabe des Innenministeriums, über die vielen Spaltungen in unserem Volke hinweg am Aufbau des deutschen Gemeinheitsgefühls zu arbeiten, an der innerdeutschen Verständigung mit dem Hochziel der Zusammenfassung aller Volksteile zur deutschen Nation. Die Auseinandersetzung zwischen Reich und Ländern sei eine Schicksalsfrage des deutschen Volkes, die mit seinem psychologischen Verständnis behandelt werden müsse. Deutschland könne nur als lebensvoller Föderationsstaat gedeihen. Die notwendige Reform des parlamentarischen Systems darf nicht angefaßt werden aus einer Feindschaft gegen den Parlamentarismus heraus. Eine Reform des Wahlrechts wird die nächste Aufgabe sein. Wir wünschen weiter eine baldige Reform der Pensionsgesetzgebung. Bei der Armut des deutschen Volkes ist es nicht erträglich, daß Persönlichkeiten des politischen Lebens, die kurze Zeit eine hohe Stellung einnahmen, nun dauernd sehr hohe Pensionen beziehen. (Beifall.) Der Redner verweist unter dem lebhaften Beifall des Zentrums die katholischen Feindschaftspolitik der mexikanischen Regierung und fährt fort: Mit Sorge und Mißgefühl verfolgen wir das Schicksal der deutschen Minderheiten, vor allem das der deutschen Südtiroler. Wir verlangen für sie keine Privilegien, sondern die Menschenrechte, die zuerst ein romanisches Volk in seine Verfassung aufgenommen hat. Der Geist des Böhmerlandes verlangt die kulturelle Autonomie der Minderheiten. Das ist eine gesamt-europäische Frage. (Beifall.) Andererseits stimme das Zentrum durchaus dem Ausschuh Antrag zu, der die kulturelle Autonomie der in Deutschland lebenden nationalen Minderheiten sichern will. Beim Schulgesetz habe sich leider gezeigt, wie von manchen Parteien der Begriff der Staatsmacht gegenüber der Kirche übersteigert werde. Das entspreche nicht dem Geist der Weimarer Verfassung. Die Deutsche Volkspartei sei darin noch weitergegangen als die Demokratische Partei.

Der Vertreter der Volkspartei.

Abg. Frhr. v. Kardorff (D. Bp.) geht zunächst auf die Frage einer Wahlreform ein. Mit einer solchen Reform könne noch gewartet werden. Wenn das Wahlrecht Schattenseiten hat, dann könnten die Parteien selbst viel zur Besserung beitragen. Für ein Gesetz zur Bekämpfung der Splittlerparteien ist die Deutsche Volkspartei nicht zu haben. Diese Dinge werden sich von selbst totlaufen. Daß das Reichsinnenministerium neben dem Schulgesetz nicht noch viele andere Gesetze vorlegen konnte, ist kein Fehler. Wir sollten überhaupt die gesetzgeberische Produktion etwas einschränken. Die Ausführungen des deutsch-nationalen Abg. Berndt über die Personalpolitik sind nicht zu billigen. Die Auswahl der in die Ministerien einzustellenden Beamten muß unabhängig von der Parteizugehörigkeit erfolgen. In der Frage der Einheitsfrage müßten wir eine gewisse Loteranz walten lassen. Es ist doch schon in der Stabilisierung der Republik weit vorwärts gekommen. Man braucht nur die jetzigen Richtlinien der Deutsch-nationalen mit ihren früheren zu vergleichen; das ist ein Unterschied wie Tag und Nacht. Wir sind noch kein einheitliches deutsches Volk. Das ist zum Teil verschuldet durch den Mangel an einer lesbaren historischen deutschen Literatur. In der Frage der Einheitsbestrebungen warne ich davor, das Ziel zu weit zu schieben. Wir müssen kommen zu einer Befestigung der Enklaven und der lebensunfähigen kleinen Länder. Dann muß das Verhältnis Preußens zum Reich bereinigt werden. Man kann vielleicht auch die hemmungstose Macht des Reichstags durch Verstärkung der Macht des Reichsfinanzministers etwas beschränken. Eine Stärkung der Macht des Reichspräsidenten im deutsch-nationalen Sinne ist kaum erforderlich, denn der Reichspräsident ernannt nach unserer Verfassung den Reichskanzler und auf Vorschlag des Reichskanzlers die Minister. Die Macht des Reichspräsidenten wird allerdings geschwächt, wenn die Auswahl der Minister von Fraktionsabstimmungen abhängig gemacht wird. Ueber das Scheitern des Schulgesetzes soll nach der Erklärung des Abg. Berndt die ganze christliche Elternschaft empört sein. Tatsächlich war auch in der alten preußischen Verfassung ein Schulgesetz angefündigt; aber es ist niemals zustande gekommen.

Demokratische Zukunftshoffnungen.

Abg. Koch-Beser (Dem.) begrüßt die Ausschuhträge, die eine einheitliche Städteordnung, Gemeindeordnung und Verwaltungsgerichtsbarkeit und die Einführung der Reichsangehörigkeit an Stelle der verschiedenen Staatsangehörigkeiten fordern. Beider habe sich die Volkspartei gegen die Aufhebung der Ländergesellschaften ausgesprochen, wohl unter dem Einfluß ihres bayerischen Landesgruppenvorsitzenden, des Generals v. Schöck, der auch verlangt hat, daß „das Novemberverbrechen an den Fürsten wieder gutgemacht wird“. (Hört, hört links.) Die Souveränität der einzelnen Länder führe zu einer unerträglichen Zerplitterung der Kulturverwaltungen. Der nächste Reichstag werde ein Programm für die Einrichtung des Einheitsstaates aufstellen haben. Die Hoffnung auf eine Verständigung mit der Zentrumspartei in dieser Frage brauche noch nicht aufgegeben zu werden. Freiherr v. Kardorff habe zwar nur eine unitarisch besetzte Unfähigkeit vertreten, aber mit der Volkspartei werde man doch in der Einheitsfrage zusammengehen können. Bismarck habe die Schaffung des Deutschen Reiches nicht von dem einheitlichen Willen des Volkes abhängig gemacht. Der Einheitsstaat werde sich auch noch so durchsetzen lassen, daß man niemals über rückständige Minderheiten im Wege der Gesetzgebung hinweggeht. Wenn die Gegner der Republik mit ihren Beschimpfungen der jetzigen Reichsregierungen aufhören, dann werden sie sich auch nicht mehr über mangelnde Achtung vor den früheren Farben zu beklagen haben. Ganz unverantwortlich sei es, wenn Abg. Berndt sich für die Berufung deutsch-nationaler Beamten durch deutsch-nationale Minister einsetzt. Die bedeutendste und gefährlichste Erscheinung sei die Abberufung des tüchtigen Staatssekretärs Brecht gewesen. Die Folge sei, daß in den nachher von Brecht bearbeiteten Fragen, vor allem in der Ausgestaltung des Beamtenrechts, nicht der geringste Fortschritt gemacht worden sei. Die Wahlrechtsreform sei notwendig, und die Splittlerparteien seien eine Gefahr für die parlamentarische Entwicklung. Die Ausführungen des Ministers Dr. Stresemann über die zu kurze Gesellschaftlichkeit seien ganz berechtigt. Vom Reichstag aus müsse einmal gegen den Unfug Stellung genommen werden, daß jede Vereinigung, die von Reichstag oder Regierung etwas will, dies in Form eines Berathens tun zu müssen glaubt. Zu verurteilen sei das unerhörte Vorgehen der Mussolini-Regierung gegen die deutschen Südtiroler. (Beifall.)

Reudell spricht . . . er will sich nicht entschuldigen!

Reichsinnenminister v. Reudell erinnert an die Bestrebungen, die Reichseinheit unter freudiger Mitarbeit der Länder zu fördern. Die Reichsregierung lehnt in dieser Frage jede Lösung ab, die eine Vergewaltigung einzelner Teile unseres Vaterlandes bedeutet. Auch gesetzliche Lösungen können eine solche Vergewaltigung bedeuten. Wenn ich von „Souveränität“ der Länder sprache, so muß mir wohl die Freiheit gelassen werden, dieses Wort für die Eigenstaatlichkeit anzuwenden, die wohl die Mehrheit der Häuser den Ländern lassen will. Die Reichsregierung mußte bei der Erörterung dieser Frage eine gewisse Zurückhaltung beobachten.

Durch Indiskretion steht ja alles, was im Reichskabinett beschlossen worden ist, am nächsten Tag ohnehin in der Zeitung. (Hört, hört!)

Die parteipolitisch unverdächtige Ministerpräsidentenkonferenz hat sich einmütig für eine Revision der Weimarer Verfassung, aber nicht für den Einheitsstaat ausgesprochen. Bisher hat noch kein Reichskünstler nachweisen können, daß der Einheitsstaat billiger arbeiten würde als der jetzige Staat. Mit den Ausschuhbeschlüssen in unitarischer Richtung würde der Reichstag der künftigen Verfassungsrevision vorgreifen. Diese Beschlüsse würden sich auch ohne innere Erschütterungen kaum durchführen lassen. Wir könnten dabei zu schematischen Lösungen kommen, die die Großstädte zum Schaden des flachen Landes bevorzugen und auf einen neuen Beamtenabbau hinauslaufen. Die Pressekritik an der Annahme der afghanischen Orden hat sicherlich dem deutschen Ansehen im Ausland nicht gedient.

Abg. Sölkemann hat von mir eine Erklärung zu der Angelegenheit gewünscht, die mit dem Namen des preußischen Ministerialrats Dr. Bredt zusammenhängt. Ich bedaure, diese Erklärung nicht abgeben zu können.

Es wird wohl dabei bleiben, daß in der Beurteilung dieser Vorgänge zwischen dem Abg. Sölkemann und mir tiefgehende Meinungsverschiedenheiten bestehen. (Hört, hört!) Daß Staatssekretär Brecht wegen seiner republikanischen Gesinnung aus dem Amt entfernt worden sei, ist eine absolut unzutreffende Behauptung, die dadurch nicht wahr wird, daß sie von prominenter Stelle außerhalb dieses Hauses von Zeit zu Zeit wiederholt wird. (Beifall rechts.) Angriffe der oppositionellen Presse nötigen mich, einige Ausführungen über den angeblich von mir beabsichtigten

deutsch-nationalen Beamtenabbau

zu machen. Ich bin schon seit dem vergangenen Sommer bemüht gewesen, auf die Befehle wichtiger Referate den Grundgedanken der Vorkriegszeit anzuwenden, daß sie nämlich nicht von Regierungspräsidenten, sondern von Ministerialräten oder Oberregierungsräten geleitet werden. Darum habe ich mich bemüht, solche Vorrückungsmöglichkeiten zu schaffen. Das „Berliner Tageblatt“ hat daraus den Schluß gezogen, ich hätte die Absicht, noch kurz vor Jahresende einen deutsch-nationalen Beamtenabbau vorzunehmen. Es hat unter Nennung der Namen und der Parteizugehörigkeit der einzelnen Beamten diese Sache erörtert. Eine derartige Methode verurteilt sich am Geiste des Berufsbeamtentums. (Beifall rechts.)

Da wird behauptet, ich hätte einem verdienten Ministerialdirigenten nahegelegt, sich pensionieren zu lassen. Tatsächlich habe ich ihn bitten lassen, „sein Pensionierungsgesuch noch hinauszuschleppen“. (Hört, hört!) Dann soll ich mit einem deutsch-nationalen Landtagsabgeordneten wegen der Übernahme eines Ministerialdirektorpostens verhandelt haben. Kein Wort davon ist wahr! (Hört, hört rechts.) Die Stelle für die Vertretung der ostpreussischen Belange ist nicht von mir, sondern an höherer Stelle von der Selbstverwaltungskörperschaft Ostpreußens angefordert worden. Daß dafür ein aktiver deutsch-nationaler Landrat vorgeschlagen wurde, habe ich selbst erst aus der Zeitung erfahren.

Für mich ist die Parteistellung nebensächlich. (Lachen und Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Daß Ihnen das komisch erscheint, ist mir verständlich. (Beifall rechts.)

Ich sehe es als verfassungswidrig an, wenn etwa einzelne Minister nach der Parteizugehörigkeit ihrer Beamten forschen.

Bei der Beurteilung der Eignung für höhere Posten ist für mich auch entscheidend, inwieweit der Beamte es versteht, Bindungen seiner eigenen Welt- und Parteianschauung im Interesse höherer Gesichtspunkte auch einmal zu verlassen. Das Scheitern des Schulgesetzes sei von der Vertretung der evangelischen Kirche tief bedauert worden. Den Freunden dieser Vorlage werde es eine Genugtuung sein, die weitere Arbeit für dieses Gesetz ohne Rücksichtnahme auf Regierungskoalitionen fortzuführen. Wer auch künftig die Regierungsverantwortung trage, er werde nie vorbeigehen können an den lebendigen kulturellen Kräften des christlichen Volkes. (Lebhafte Beifall rechts.)

Nach einer einstündigen Rede des Abg. Rosenbaum (Rom.), bei der sich 8 Kommunisten und 9 Abgeordnete der anderen Parteien im Saale befinden, wird die Weiterberatung auf Sonnabend 13 Uhr vertagt. Auf der Tagesordnung steht weiter das Rotprogramm zur Rentenentwerfung.

Landbund-Geschäfte.

Zum Zusammenbruch der Genossenschaft Oberbarnim.

Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat folgende Große Anfrage eingebracht:

Die Landbund-Genossenschaft des Kreises Oberbarnim ist zusammengebrochen. Große Verluste der Genossen sind die Folge. Hieron werden besonders die kleinen und mittleren Landwirte betroffen, die sich nach einem Generalversammlungsbeschluss der Genossenschaft verpflichtet fühlen, ihre Anteile von 250 M. auf 5 M. pro Morgen zu erhöhen. Zahlreiche größere Grundbesitzer und Landbundsgrößen, darunter einige Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der Genossenschaft, sollen nur einige wenige Anteile erworben haben. Sie hätten dabei auch nur mit einem geringen Anteil. Die kleineren, minderbemittelten Genossen müssen nunmehr die Haftung übernehmen, während die größeren Landwirte in erster Linie den Vorteil der Genossenschaft einheimen.

Es wird weiter behauptet, daß die Genossenschaft ihren Genossen Zucherzinsen berechnet haben soll. Es sollen 3 B. für die Zeit von April bis Mitte September 1924 60 Proz., für die zweite Hälfte 1924 48 Proz. Zinsen berechnet worden sein. Im Jahre 1927 sollen 12 Proz. und eine monatliche Provision von 1/4 Proz., also insgesamt 15 Proz., berechnet worden sein.

Ferner sollen einzelne Mitglieder des Vorstandes Privatgeschäfte zum Schaden der Genossenschaft gemacht haben.

Es ist wohl mit Bestimmtheit anzunehmen, daß der Landbund-Genossenschaft Oberbarnim durch die Preussische Zentralgenossenschaftskasse erhebliche staatliche Kredite zugeflossen sind. Wir fragen daher:

Ist die Staatsregierung bereit, eine Nachprüfung der Geschäftsführung der Landbund-Genossenschaft Oberbarnim vorzunehmen und, soweit es möglich ist, die kleineren und mittleren Landwirte als Genossenschaftsmitglieder vor der zweifellos bestehenden schweren Schädigung durch die Landbundsgrößen zu schützen?

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Wir machen es allen Parteimitgliedern, soweit sie Mitglieder des Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung sind, zur Pflicht, am Sonntag, dem 25. März, 9 bis 16 Uhr, bei den Urwahlen ihr Wahlrecht auszuüben.

Achtung! Die Genossinnen und Genossen des Bezirks Kreuzberg treffen sich zu einer Filmaufnahme für den Preisfilm der Partei vollzählig am

Sonntag, dem 25. März, vormittags pünktlich 11 Uhr vor dem Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25. — Alltagskleidung. — Frauen und Kinder erwünscht.

- 1. Kreis Friedrichshagen. Heute, Sonnabend, 24. März, 10 Uhr, Verhandlung des Landbauvereins des Reichsbanners Friedrichshagen im Hofen-Pudenz-Ball in den „Alten Tonern“, Strauß. Eintrittspreis 1 M. Die Genossinnen und Genossen werden hiermit dazu herzlich eingeladen. Für einen gemütlichen Abend ist Sorgfalt getroffen.
- 2. Kreis Charlottenburg und Spandau. Juristische Sprechstunde heute, Sonnabend, von 17-18 Uhr, im Jugendheim Reinhardtstr. 4. Gelegenheit zum Rechtsantritt.
- 3. Kreis Charlottenburg. Alle Genossen beteiligen sich Sonntag, 24. März, ab 8 1/2 Uhr, in den Abteilungen an den Wahlarbeiten.

19. Kreis Prenzlau. Sonntag, 24. März, 19 1/2 Uhr, im Rüstischen Hotel, Prenzlau, Kreis 14. Kreisdelegiertenversammlung. Die Delegierten zum Parteitag müssen ebenfalls erscheinen.

Heute Sonnabend, 24. März:

- 12. Abt. Die Parteiführer, welche die Flugblätter noch nicht abgeholt haben, müssen diese unbedingt heute von Joseph, Expedition Wilhelmshagenstr. Straße, bestimmt abholen.
- 13. Abt. Freidenkermöhen. Heute 17 Uhr Zusammenkunft der Funktionäre bei Goldschmidt, Stolpische Str. 26. Beteiligung sämtlicher Parteimitglieder an den Wahlarbeiten morgen, Sonntag, von 9 bis 16 Uhr, dringend ermahnt.
- 14. Abt. Soweit es noch nicht geschehen, werden die Parteiführer ersucht, die Flugblätter für die Freidenkermöhen umgehend von Reufner abzuholen und zu verteilen.
- 15. Abt. Die Genossen treffen sich heute ab 16 Uhr zur Flugblattverteilung bei Bierhoff, Urbanstr. 4.
- 16. Abt. Schöneberg. Alle Genossinnen und Genossen treffen sich bei Groß-Sebaste, 17, ab 18 Uhr zur Flugblattverteilung. Ebenfalls kommen am Sonntag, 25. März, von 9 Uhr ab alle Mitglieder zur Wahlarbeit für die Freidenker bei Groß-Sebaste, 17, zusammen. Erscheinen aller ist Pflicht.
- 17. Abt. Köpenick. Alle Parteiführer treffen von 18 Uhr ab mit dem Abteilungsleiter bei dem Genossen Quandt, Hindenburgbaum 666, Köpenick, bestimmt ab.
- 18. Abt. Reinick. Die Parteiführer werden dringend gebeten, bestimmt bis Dienstag, 27. März, beim Abteilungsleiter abzutreten.

Morgen, Sonntag, 25. März:

- 1. Abt. Alle Parteiführer treffen sich zur Wahlhilfe bestimmt um 13 Uhr bei Scheffler, Bülowstr. 37.
- 2. Abt. Alle Mitglieder beteiligen sich von 9-13 Uhr an den Wahlen für die Freidenker, Wahllokal für Gruppe III; Döllner, Hiltbrandstr. 24, Gruppe IV; Ender, Rebertstr. 44. Es beteiligen sich alle Genossinnen und Genossen als Wahlhilfe in obigen Lokalen.
- 14. Abt. Sämtliche Genossen treffen sich zur Wahlhilfe um 8 1/2 Uhr bei Gottschalk, Fuhlfelder Str. 24. Erscheinen unbedingt erforderlich.

15. Abt. 17 Uhr in Wilmers Parken, Schreiber Str. 23. Frühlingsspiel, verbunden mit Unterhaltung und Tanz. Gäste willkommen. Anfang 17 Uhr.

- 16. Abt. Alle Genossen treffen sich um 8 1/2 Uhr bei Garus, Polsterstr., zur Wahlarbeit.
- 17. Abt. Treffpunkt sämtlicher Mitglieder zur Wahlarbeit für die Freidenker: 1. Gruppe: Köpenick, Mummensbüchler, 25. Gruppe 1a und 2. Gruppe: Himmels, Bülow, 68. Charlottenburger Straße, 3. Gruppe: Schulz, Carmen, Engelstr. 21. Es ist Pflicht aller Mitglieder, sich reiflich zu beteiligen.
- 18. Abt. Ab 9 Uhr beteiligen sich alle Mitglieder an der Wahlarbeit in folgenden Lokalen: Portmann, Schreinerstr. 23; Otto, Alport Str. 85.
- 19. Abt. Alle Mitglieder beteiligen sich an der Wahlarbeit ab 8 1/2 Uhr in ihren Wahllokalen. Die Parteiführer treffen sich um 8 Uhr bei Schüller, Geierstr. 3. Die Sammelstellen sind mitzubringen.
- 20. Abt. Ab 9 Uhr beteiligen sich an der Wahlarbeit alle Mitglieder bei Wilmers, Reinhardtstr. 104.
- 21. Abt. Charlottenburg. Ab 9 Uhr bei Luz, Quittenstr. 26, treffen sich alle Genossen zur wichtigen Wahlarbeit. Einige Wahllokal sind ermahnt. Pünktlich 10 Uhr treffen sich alle Beamtengenossen im gleichen Lokal zu einer Beamtenspropaganda. Zahlreiche Beteiligung erwartet die Abteilungsleitung.
- 22. Abt. Jüdische. Ab 9 Uhr treffen sich die Genossen bei Seemann, Behlische Str. 42, zur Wahlarbeit für die Freidenker.
- 23. Abt. Schöneberg. Die Genossen treffen sich zur Sozialisation um 10 Uhr bei Hummer, Danziger Str. 13a.
- 24. Abt. Schöneberg. Alle Mitglieder, die Parteimitglieder sind, gehen rechtzeitig zur Wahl und beteiligen sich reiflich an der Wahlarbeit.
- 25. Abt. Tempelhof. 11 1/2 Uhr treffen sich alle Mitglieder zur Wahlarbeit für die Freidenker bei Kienhorst, Wilmersberg, Chausseest. 19.
- 26. Abt. Köpenick. 2. Gruppe: Von Zentralbüreau zu den Freidenkern gehen befindet sich bei Wurbs, Rannert Str. 1.
- 27. Abt. Oberschöneweide. 19 1/2 Uhr Gründung einer Ainderfreunde-Gruppe. Vortrag: Was wollen die Ainderfreunde? Anschließend Wahllokalverteilung: „Freie Wahl.“ Alle Genossinnen und Genossen sind herzlich eingeladen. Im Jugendheim Lützener Str. 2.
- 28. Abt. Johannisthal. Die Mitglieder beteiligen sich reiflich an den Freidenkermöhen bei Schreiner, Friedländer, 6. Außerdem beteiligen sich die Genossinnen und Genossen an der Wahlarbeit.
- 29. Abt. Reinick. Alle Genossen treffen sich um 9 Uhr bei Borch (früher Kemp), Wilmersberg-Ode Rittergutstraße, zur Wahlarbeit für die Freidenker.

Bezirksausschuss für Arbeiterwohlfahrt:

2. Kreis Wilmersberg. Sonntag, 24. März, 10 Uhr pünktlich, bei Kreis-Bezirksleiter Str. 66, Ode (Kathener Straße), Vortrag: „Ausgaben und Ausforderungen über: Ausgaben der Erhaltungskassen.“ Referent: Genosse Dr. med. Robert Marx. Alle Genossinnen und Genossen sind herzlich eingeladen.

Junggenossen:

Die Anträge zur Generalversammlung sind bis zum 2. April einzuenden. Die Delegierten sind nach nicht von allen Gruppen eingeleitet. Die Gruppenleiter sorgen für sofortige Einleitung. Die Schriftleitung muß bis 21. März mit dem Genossen Kurt Borch, Wilmersberg-Str. 46, abgeordnet werden. Arbeitsgemeinschaft Vorkämpfer: Sonnabend, 24. März, 17 Uhr, Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft im Ledigenheim Schönfelderstr. 1.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde:

- Kreis Mitte. Am Sonntag, 24. März, fällt die Befreiung aus, daher Sitzung der Gruppenleiter 10 Uhr im Ledigenheim Schönfelder Str. 1. — Gruppe Groß Köpenick: Sonntag, 24. März, 15 Uhr, Vortragsabend im Ledigenheim Schönfelder Str. 1. Die Jungen und Mädel der 3. Abt. (SVP) sind herzlich eingeladen. — Gruppe Pappelsplatz: Sonntag, 24. März, 18 Uhr, Vortragsabend. Treffen 6 Uhr Pappelsplatz, Teinbender, Ferkelstraße, Liederabend und 40 M. mitbringen. Teilnehmer über 14 Jahre 50 Pf. mitbringen.
- Kreis Tiergarten. Gruppe August Borch: Dienstag, 27. März, 15-18 Uhr, im Ledigenheim Schönfelder Str. 1. — Gruppe: Wilmersberg: Mittwoch, 28. März, 17-19 Uhr, im Ledigenheim Schönfelder Str. 1.
- Kreis Kreuzberg. Donnerstag, 29. März, 20 1/2 Uhr, Vortragsabend im Ledigenheim Schönfelder Str. 1.
- Kreis Wedding. Donnerstag, 29. März, 20 Uhr, im Ledigenheim Brunnenplatz Arbeitsgemeinschaft aller Helfer über Johannisthal. — Gruppe Rosenthal (Rosen): Donnerstag, 29. März, 18 Uhr, im Ledigenheim Brunnenplatz Vortragsabend mit Lichtbildern.
- Kreis Charlottenburg. Montag, 24. März, 18 Uhr, Vortragsabend mit den Bodenführern im Ledigenheim Schönfelder Str. 1.
- Kreis Prenzlau. Gruppe Riederhagen: Abt. „Schöne Jugend“ Montag, 24. März, Spielen und Singen. Abt. „Gute auf“ Montag, 24. März, Gesellschaftsspiele. Donnerstag, 27. März, gemeinsames Beisitzen. Die Befreiung sind in der Gemeindefesthalle in der Bismarckstr. 11 fest.
- Gruppe Prenzlau: Montag, 24. März, Vortragsabend im Jugendheim. Dienstag, 27. März, Gruppe der Jungen- und Mädchen-Vorträge. Donnerstag, 29. März, gemeinsames Beisitzen aller Gruppen. Sonnabend, 24. März, Gruppe der Jungen bis Reinhardtstr. 4, Gruppe der Mädel bis Wilmersbergstr. 104; Vortragsabend.

Nürnberg ruft zum Dürerjahr!
(11. April bis Ende September 1928)

Einzigartige Ausstellung der Originalwerke Dürers (1471-1528), eines der größten Künstler aller Zeiten, deutsche Kunstaustellungen, historische Ausstellungen, Theaterfestspiele, Hans-Sachs-Spiele, volkstümliche Veranstaltungen aus dem Mittelalter, Burgbeleuchtung, Serenaden usw. Auskunft durch den Fremdenverkehrsverein, Hauptbahnhof, Mittelhalle.

Muffel auf dem Schlid.

Von Hans Leip.

In der Dithmarscher Küste lebten zwei Bettern, die von Jugend auf einander ähnlich sahen und auch an Widrigkeit und Gebärde und der Lebensauffassung keiner dem anderen nachstanden. Sie hießen beide Bewako; Harm, der eine, als Erbe eines großen Hofes, wurde Landwirt, der andere, ohne Aussicht auf Grundbesitz, machte zur Not das Abitur und begann in Kiel dies und das zu studieren, als der Krieg ausbrach und er sich als Matrose meldete. In den langen Jahren zwischen U-Boot und Hafendienst gelangte er, bei allem Wagemut durch mancherlei Zügellosigkeit den Vorgesetzten unbehagen, nicht weiter als bis zum Obermatrosen, spielte sobald bei den Umsturzgeschichten eine Rolle, wurde fast, ob zur Gebühr oder nicht, von den eigenen Kameraden standrechtlich erschossen und kam, abgehülft und nach Ruhe verlangend, in seinem Heimatort wieder an. Dort hatte er, wie es menschlich ist, ein Mädchen sehr gern gehabt, die Tochter des Schulmeisters, sich aber wenig während des Feldzuges um sie bekümmert. Sein Better hingegen, sein Rivale auch in dieser Sache wie in manchen sonstigen Wettbewerb der einseitigen Jugend, war schon länger wieder dahim; sein Draufgängerium hatte ihn bei der Einlie bis zum Offizierspatent verholfen, so daß er mit Glück die einst Unstrittene für sich gewann, zumal über den anderen, der unzweifelhaft vor Jahren die besseren Aussichten hatte, allerhand der dunklen Kieler Gerüchte selbst bis an diesen weitverlorenen Strand drangen. Was Wunder, daß keiner von dem „roten Kieler“ recht etwas wissen wollte. Selbst seine Eltern und Geschwister empfingen ihn voller Angst, daß nun bald das Dorf von seinen Unthaten erschüttert werden würde. Nur der alte Strandvogt vermerkte, den guten Stern unter der zerlumpten Marinebluse zu erkennen, indem er eine Ahnung verspürte von dem Heimweh und der enttäuschten Liebe dieses Menschen, welcher Empfindungen ein Vieh und Blutschänder, schloß er, nicht fähig sein könne. Der Heimgekehrte, dessen Redname vordem Muffel gewesen war, weil er als ein vorzüglicher Muffelschäfer gegolten hatte, besann sich auf die See hinterm Deich, ließ sich ein Boot und eine Röhrenrinne bei eben diesem Vogt, und fuhr auf eine als unrentabel von der Domäne längst aufgegebenen Schlidinsel, weit draußen im Watt, wo die Tiden seit Urzeit Land wegschürften und Land anspeien, wie am zweiten Schöpfungsstage. Dort hauste er in der während des Krieges verlassenen Schäferhütte, die auch kurz als Beobachtungsstation gedient hatte. Er schoß Seehunde und Watvögel und begann mit den Fellen und Bälgen einen Tauschhandel nach Helgoland, das er fast alle vierzehn Tage, Sommer und Winter, in seinem unmöglichen und diegeflachten Boote aufsuchte. Niemand störte ihn dabei. Eine Anzahl Regenböden bildeten sich über den anwachsenden Dufus seiner Haushaltung, jedoch auch über die lebensgefährlichen Maßnahmen, die er zur Verteidigung seiner Schlidfestung ergriffen, indem er angetriebene oder ausgefischte Minen in die Brielzugänge rund um die Insel verankert haben sollte. Inzwischen fand die Hochzeit des Betters statt, der das Hoferbe angetreten hatte. Die junge Frau fand am Hochzeitmorgen ein ausgefuchtes schönes Seehundsfell vor der Hausthür liegen. Ihr Mann, der dazukam, wie sie es in einer Truhe verbergen wollte, meinte, Lunte wittern zu müssen und ließ nicht nach, in der Folgezeit auf Schritt und Tritt zu sticheln und zu argwöhnen, zumal die junge Frau angab, erst am Trauttag selbst durch den Vogt erfahren zu haben, daß Muffel Bewako noch in der Gegend sei, sie es aber meher damals noch jetzt glauben könne. Die misstrauischen Redensarten ihres Gatten, die schließlich, obwohl gänzlich grundlos, und wohl gerade deswegen in Grobheiten und sogar Handgreiflichkeiten ausarteten, weckten notgedrungen immer stärker die Erinnerung früherer, längst vergangener Jährllichkeiten, die auf dem trüben Grunde dieser Ehe allmählich übergroß und verlockend aufzublähen begannen.

Inzwischen war der Behörde vielerlei Unliebsames zu Ohren gekommen über einen Schmuggel mit unverzolltem Rum zwischen Helgoland und der Dithmarscher Küste. Der alte Strandvogt, der die Aufmerksamkeit der Amtsstellen nach der dänischen Grenze zu abzulenken gewußt hatte, starb um diese Zeit. Seinen Posten übernahm Harm Bewako, und eine seiner ersten Vogthandlungen war, sich mit einer Anzahl Gendarmen, die ihm aus Schleswig zur Verfügung gestellt wurden — mit den ortszuständigen hatte er sich längst überworfene und bezichtigte sie alle der Unfähigkeit — nach jener Schlidinsel einzuschiffen, die er als Schmugglernezt lange und laut schon in Verdacht gehabt hatte. Sie kamen auch unter Beobachtung aller Vorsicht durch den Drisprael. Von einer Minensperre zeigte sich nicht die Spur, und der neue Strandvogt lachte verächtlich über das Gefasel der altherren Koogbauern, die über Nacht einen Seesteufel und Störlecherer aus dem dummerhaften, weggelaufenen Rotiner und Muffelschäfer gemacht hätten. Er prüfte, er werde den Käsefist sonst wie ein Milchamm und ganz allein aus seiner Schlammbude holen. Somit ließ er die Landjäger, die sich in der grauen, nasskalten Nordsee-Einsamkeit sowieso nicht zu Hause fühlten, an der Vorlandgrenze im Boot zurück und stieg unbegleitet, allerdings die Flinte hinterm Knast, in seinen Schiffsfließeln den mehrere Kilometer breiten, iden Quallengürtel hinan, der umgestaltet, felsam und häßlich wie etwas eben Geborenes die flache Kruppe Sandes umgab, die hinter einem kniehohen Dünenfaum den Unterschlupf für den Gesuchten bot. Es war noch früh im Jahr, Vogelwärme zogen sich wie schmale, enggestrichelte Reusenwege durch die Dichtigkeit des Tages. Er soll mir nicht entgehen! Denn er sah Rauch über der Bude aufsteigen, sagte sich der Neuvogt. Aber er erkannte, als er statt der morschen Schäferhütte, oder vielmehr hinter den Resten dieser ein wenn auch niedriges, so doch sehr kräftig anmutendes Haus aus frischem Holze sah.

Einer der Gendarme, der ihn durch das Glas vom Boote aus zu verfolgen vermochte, bemerkte, wie er die Flinte nach vorn schob und in dem Bauraum verschwand. Nach einer Weile hörten sie von dort einen Knall, der nichts anderes als ein Gewehrschuss sein konnte, und dem bald ein zweiter folgte. In die Mägen sie sich nun auf, um über das Vorland an die Hütte zu gelangen, ihre Füße sanken ein, und es dauerte eine halbe Stunde, ehe sie den niedrigen Dünenfand erreichten. Dort trat ihnen der Strandvogt entgegen und führte sie in das Haus, wo er im Vorraum auf ein Duzend voller Rumfässer wies. In der Stube, die mit aller Begehrigkeit eingerichtet war, lag ein Mann erschossen auf dem Boden. Er war in Seehundsfell gekleidet, in der getrappten Rechten ein noch neues Jagdgewehr, so, wie ihn Bauern und Fischer auszumalen pflegten.

Wenn wir Holz verdauen könnten.

Zellulosefressende Tiere. — Holzalkohol.

Wie uns die Tiere in so vielen Dingen über sind, so auch manche von ihnen in der Fähigkeit, Stoffe zu verdauen, die unserem Organismus unzugänglich bleiben. Einer der in der organischen Natur häufigsten und damit auch billigsten Stoffe, das Holz, oder genauer ausgedrückt, dessen chemischer Hauptbestandteil, die Zellulose, ist nun für unseren Magen und Darm restlos unverdaulich, schaltet also aus der Reihe der Nahrungsmittel völlig aus. Ganz anders liegt das bei gewissen Gruppen von Tieren, die mehr oder weniger imstande sind, erhebliche Bestandteile zum Aufbau ihres Körpers lediglich aus der gründlichen Ausnutzung von Zellstoff (Zellulose) zu verwenden.

Besonders die Wiederkäuer, aber auch die Pferde und andere reine Pflanzenfresser leben bekanntlich zum großen Teil von Gras, Blättern und Stroh. Da diese Futtermittel vorwiegend aus Zellulose bestehen, da andererseits aber im Kot dieser Tiere Zellstoff weit weniger Zellstoff findet, als beim Fressen aufgenommen wurde, so muß notwendigerweise diese Differenz verdaut, d. h. dem Körper nutzbar gemacht worden sein. Das merkwürdige ist nun, daß trotzdem auch hier eigentlich keine Körperflüssigkeiten vorhanden sind, die imstande wären, den reinen Zellstoff chemisch aufzuschließen. Die betreffenden Tierarten haben sich vielmehr im Darm und Magen Hilfsstruppen angesiedelt, die diese so schwierige Arbeit freudig übernehmen.

Es sind das bestimmte Bakterien (Spaltpilze), die im Unterschied von ihren krankheitserregenden Gattungsgenossen, sehr willkommene Gäste im Körper sind. Der Biologe nennt das eine „Symbiose“, ein freundschaftliches Zusammenleben, aus dem beide Teile besten Nutzen ziehen. Auch wir Menschen haben übrigens in unserem Darm eine artenreiche Bakterienflora, die uns zum Teil verdauen hilft; nur eben leider nicht auch Zellulose. Und ohne solche Darmflora könnte kein Tier leben! Man hat z. B. Küken im sterilisierten Brutofen erbrütet, in keimfrei gemachter Luft und mit sterilisiertem Futter aufzuziehen versucht, sie sind restlos verkrüppelt und eingegangen, eben, weil ihnen die zur Verdauung nötigen Spaltpilze im Körper fehlten.

Neben den Wiederkäuern und ähnlichen Pflanzenfressern gibt es aber auch noch Tiere, die nun gar überhaupt nur noch von reiner Zellulose leben, denen Holz der einzige und größte Lebensbissen ist, und die dadurch dem Menschen unendlichen Schaden verursachen: Die Termiten! Wir dürfen trotz sein, daß sie in unserem allzu kalten Klima nur eine kümmerliche und verhältnismäßig harmlose, entfernte Verwandte hinterlassen haben: die kleine rote Küchenfliege („Schwabe“, *Blatta germanica*), der sogar Gott sei Dank die Fähigkeit abgegangen ist, Holz zu verdauen. Denn sonst könnte es ja auch uns passieren, daß ursprünglich das Haus über uns zusammensinkt, nur, weil diese Bestien dessen Balken und Holzstützen hölzernesessen haben, wie so etwas in den Tropen alle Augenblicke geschieht. Steht man sich aber die Termiten genauer an, so merkt man auch dort, daß sie selbst ebenfalls gar kein Holz verdauen können! Daß auch bei ihnen Bakterien und Pilze als Köche und Chemiker die Vorarbeit leisten müssen. Bei einem Teil der Termitenarten leben diese Hilfskräfte gleichfalls im Darm. Bei einem anderen Teil jedoch werden die so lebensnotwendigen Pilze in regelrechten gärnerischen Kulturen gezüchtet. Bei der Deffnung eines eisenharten Termiten-Betonbaues — der übrigens oft 3 bis 4 Meter über und fast ebenso tief unter der Erde reicht — findet man in sauber ge-

glätteten Höhlen keine weißliche „Kohlschöpfchen“, die nichts anderes sind, als Bakterienkolonien auf zerkaumtem feuchtem Holz. Gefressen wird dann nicht mehr das Holz direkt, sondern der „Zellulosekohle“, der auf diesem Dung gewachsen ist und der zu seiner Pflege genau soviel Arbeit in Wässerung und Bodenbestellung braucht, wie unsere Nutzpflanzen! Sehr ähnliche „Pilzgärten“ haben u. a. auch die brasilianischen Blattschneider-Ameisen. Bei ihnen wächst der Pilzrasen auf eingesammelten, ausgeschnittenen Baumblattstücken, die ja gleichfalls zum größten Teil aus Holzstoff bestehen.

Sollten wir nicht von diesen Tieren lernen können? Gewiß, wir können uns wahrscheinlich kaum auch eine Darmflora von Bakterien ansiedeln, die die Arbeit der Holzverdauung verrichten. Obwohl auch dieser Weg nicht ganz ausgeschlossen erscheint, da wir ja etwas Ähnliches mit den Joghurt-pilzen vornehmen, die eine gesundheitlich wichtige Rolle im Darm spielen. Dennoch: Ausichtsreicher erscheint die systematische Zucht von Bakterienkulturen, ähnlich wie wir es ja seit langem mit einer anderen Spaltpilzart, der Hefe, im großen machen. Warum sollte es unmöglich sein, diese kleinen Pilzgärten der Termiten unter günstigsten Temperatur- und Feuchtigkeitsbedingungen genau so in Riesenbottichen weiter zu züchten, wie es die dummen, armen, blinden Termiten tun? Man stelle sich nur einmal vor, welcher unendliche volkswirtschaftliche Nutzen entstünde, wenn wir aus Sägeleim mittels einer derartigen „Gärung“ nährfähigen Zucker erzeugen könnten!

Denn Zucker wird das derzeit umgewandelte Holz. Wenn vielleicht auch nicht gleich Zucker von der Süße und Reinheit unseres Roh- und Rübenzuckers, ja selbst vielleicht ein Zucker, der als eigentliches Nahrungsmittel wegen irgendeines lästigen Beigeschmacks nicht ohne weiteres verwendet werden kann. Es wäre aber schon ein erheblicher Gewinn, wenn die Millionen von Zentnern Getreide und Kartoffeln für die menschliche Ernährung frei würden, die heute nach das Gärungsgewerbe zur Darstellung von Alkohol verbraucht. Wobei man nicht sagen soll, daß die ganze Alkoholgewinnung überflüssig wäre, wenn man die Erde „trodenlegt“. Denn abgesehen davon, daß sich vorläufig damit kaum alle Welt einverstanden erklären würde: Spiritus ist ja auch ein wichtiges Produkt für alle möglichen industriellen und wissenschaftlichen Zwecke.

Rum hat man allerdings auch jetzt schon Spiritus auf rein chemischem Wege aus Holz darzustellen gewußt. Und zwar nicht nur den giftigen Methyloalkohol, dessen Ursprungsprodukt (über den Holzstör) der Holzessig ist, sondern auch den echten Methylalkohol, aus dem unser Trinkbrannwein besteht. Man verwandelt da durch Kochen mit verdünnter Schwefelsäure unter Druck (und nachträgliches Neutralisieren) auch Holz in einen gärfähigen Zucker, der sonst übrigens ungenießbar ist. Aus diesem Zucker gewinnt man durch Vergärung und Destillation Alkohol. Aber, es scheint denn doch, daß die Ausbeute oder der Geschmack soviel zu wünschen übrig lassen, daß sich diese Fabrikationsart nur in ganz wenigen Gegenden und Betrieben einbürgern konnte. Sonst sind noch heute Getreide und Kartoffeln neben ein wenig Melasse die einzigen Grundstoffe für die Spiritusfabrikation.

Schon wenn es gelänge, dafür die auf dem oben vorgeschlagenen „biologischen Wege“ erzeugten Gärzuckererzeugnisse als vollen Ersatz zur Verfügung zu stellen, wäre der Menschheit ein gewaltiger Dienst getan. Lernen wir also auch einmal von den verachteten Termiten! Dr. G. Victor Mendel.

Es ging nicht anders, er oder ich! sagte der Vogt; hier ging sein Schuß und Gott sei Dank vorbei in die Wand. Die Beamten gaben zu, daß die Sache unglimpflicher hätte ablaufen können. Der Vogt gab an, ein Protokoll schon aufgenommen zu haben. Am übrigen müsse man sich spüten, da die Witterung unbeständig sei. Man bedachte, was zu machen sei, vermied an der Lage des Toten Besenliches zu ändern, nahm ein hoch Rum als erstmaliges Zeugnis mit und nachdem noch ein Bachmeister flüchtig zu einem seiner Kameraden bemerkt hatte, der Erschossene und der Strandvogt sahen einander merkwürdig ähnlich und der Angeredete ihn taktvoll daraufhin anstieß, es seien ja auch Bettern gewesen die beiden, fuhr man wieder von dannen.

Der Strandvogt zeigte von da ab ein sonderbar verändertes Wesen, obwohl die gerichtliche Untersuchung seinem energischen Vorgehen durchaus Billigung angedeihen ließ. Er war sanfter, namentlich gegen seine Frau, und beide machten oft einen seltsam heiteren Eindruck. Manche wollten allerdings seit der unseligen Tat eigenartige Gedächtnisstörungen und eine veränderte Redeweise bei dem Strandvogt bemerkt haben. Vielleicht war ihm die Sache näher gegangen als man vorher hätte vermuten können. Immerhin schien ihm und namentlich auch der Frau, die ein Kind zu erwarten begann, die Gegend nicht mehr zu gefallen. Sie verkauften den Hof und wanderten nach Kanada aus. Riefe Leerstellen, als sie davon hörte, meinte einmal, die Bettern hätten im Tode ihre Personen ausgetauscht, oder vielmehr wohl nur ihre Kleidung, und den man dort auf der Insel begraben habe, das sei Harm Bewako gewesen, und der „rote Kieler“ habe Amt und Frau des Toten kraft seiner Ähnlichkeit einfach übernommen. Nun, sie redet oftmals solchen Unfuss, den keiner für Ernst nimmt. Das allerdings sei wohl keine Lüge, daß Boglens Gewehr erst an zweiter Stelle geschossen habe. Aber der es gegen die Wand abdrückte, das sei wohl Muffel selber gewesen.

Tropfsteinhöhlen.

Zu der Auffindung einer großen Tropfsteinhöhle bei Bienen wird uns geschrieben: Die Natur ist die großartigste Baumeisterin, denn sie hat Dome geschaffen, wie sie Menschenhände nicht erbauen können. Diese natürlichen Dome zeichnen sich durch eine Pracht der Romantik ebenso aus, wie durch die ungeheure Masse, durch die sie alle Baumerke von Menschenhand bei weitem übersteigen. Wissenschaftlich betrachtet bestehen die Tropfsteinhöhlen aus Kalkpat, Höhlenstein, ja sogar aus Halbedelsteinen, wie Malachit. Sie sind in vorgeschichtlicher Zeit im Laufe von Jahrtausenden entstanden und bilden gewaltige Bauten, die in wildromantischen Formen spitzbogenartig wie gotische Kriemgebäude in die Höhe ragen, von riesen-

haften Tropfen verziert sind, die ein Gigant geschaffen zu haben scheint, oder von stolzen Säulen und orgelförmigen Gebilden, daß der Eindruck einer Kirche übermächtig ist. Die Natur arbeitet mit verschwenderischen Größenerhältnissen und schafft eine Schönheit, gegen die alle menschlichen Bestrebungen klein und machtlos sind. Gibt es doch derartige natürliche Dome, die, wie z. B. die Dechenhöhle, eine Höhe von 270 Meter haben, oder wie die berühmte Mammuthöhle in Kentucki die ungeheure Länge von 240 Kilometer. Auch der deutsche Harz weist derartige Gebilde auf, die alle mehr als 200 Meter hoch sind. Zu den prächtigsten Tropfsteinhöhlen gehören die Baumannshöhle, die Hermannshöhle und die Bieschöhle im Harzgebirge, die schon genannte Dechenhöhle in Westfalen, die Sophienhöhle in der Fränkischen Schweiz und vor allen Dingen die Nelesberger Höhle, die einen der berühmtesten Ausflugsorte der Welt bildet. Sie zerfallen meist in mehrere große Säle oder Kammern, von denen viele völlig den gotischen Baustil aufweisen. Man erkennt daraus, wie organisch gewachsen diese Baumeister des Mittelalters ist, da sie in der Natur bereits die großartigsten Vorbilder besitzt.

Es ist verständlich, daß die vorgeschichtlichen Menschen, die noch keine Häuser konnten, hier des öfteren Zuflucht gesucht und gefunden haben. Auf diese Weise bilden die Höhlen eine Fundgrube für die Erforschung des frühesten Menschenlebens sowie des Tierlebens. Aus den hier aufgefundenen Knochenresten kann man erkennen, wie die Menschen ausgehoben haben, die zu jener Zeit die Höhlengebiete bevölkerten, und welche Tiere hier gehaust haben. So wurden in vielen Höhlen sogar noch Mammutknochen gefunden, ferner Überreste vom Rhinoceros und von richtigen Polarbären, wie z. B. dem Polarbären. Auch der Höhlenbär und der Höhlenlöwe haben hier schon gehaust, gleicherweise wie das Renntier, und die Wissenschaft glaubt sogar aus der Lagerung der tierischen Knochen verschiedene Epochen unserer Erdgeschichte feststellen zu können, wie z. B. die Mammutzeit, die Renntierzeit u. a. Besonders belgische und französische Höhlen, wie die von Engis, La Madelaine, Combarelles und Le Moustier sind überreich an Fundstücken aller Art gewesen, denn hier wurden sehr viele Werkzeuge aus der alten Steinzeit entdeckt. In den Höhlen der Dordogne, von Combarelles und in einigen spanischen Gröten wurden sogar Bilder aufgefunden, die in Renntierhorn oder Mammutelstern gezeichnet waren und Tiere darstellten. Das größte Aufsehen erregten große Wandgemälde und Felsentafeln, die sich auf Wänden der Höhlenwohnungen fanden und durch ihre Darstellungen der Uckerbau- und Jagdzugnisse sowie in Schiffstempeln, Tierfiguren und Familienjemen einen Einblick in das Leben jener Zeit gewähren. In der Höhle beim Schweizerbühl im schweizerischen Kanton Schaffhausen wurden sogar Überreste eines Zwergenvolkes entdeckt, das in vorgeschichtlicher Zeit hier gehaust haben muß. Dieser Fund gehört zu den interessantesten wissenschaftlichen Forschungsergebnissen.

